Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933
1906

48 (11.2.1906) Badischer Landtag. 24. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer

Visual Library

Karlsruher Zeitung.

№ 48. Sonntag, 11. Februar 1906.

Badischer Landtag.

24. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer
am Samstag den 10. Februar 1906.

Tagesordnung:

Anzeige neuer Eingaben. Sodann

1. Allgemeine Diskussion über das Finanzgesetz, und damit in Verbindung:

2. Beantwortung der Interpellation der Abgg. Bechtold und Genossen, die neuen Reichssteuervorlagen betreffend — Drucksache Nr. 24 — (Fortsetzung).

Am Regierungstisch: Staatsminister Dr. Frhr. v. Dusch, Minister des Innern Dr. Schenkel, Geh. Rat Dr. Reinhard, Präsident des Großh. Ministeriums der Finanzen Geh. Rat Becker, Präsident des Großh. Ministeriums des Großh. Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten Frhr. v. Marschall und Geh. Oberfinanzrat Dr. Nicolai.

Präsident Dr. Wilckens eröffnet die Sitzung um 9 Uhr 25 Min.

Es wird folgender Einlauf verlesen:

Schreiben des Herrn Staatsministers über den Empfang der Mitteilung von der Wahl des Abgeordneten Zehnter zum 1. Vizepräsidenten und der Benachrichtigung Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs.

Hierauf tritt das Haus in die Tagesordnung ein.

Präsident Dr. Wilckens bemerkt: Wir wollen nunmehr fortfahren in der allgemeinen Finanzdebatte. Es ist eine Verständigung unter den Parteien dahin zustande gekommen, daß von jeder Partei in der politischen Debatte mir noch ein Redner sprechen soll, und daß über die Interpellation, die von sozialdemokratischer Seite namentlich bezüglich der Tabakbesteuerung eingebracht worden ist, noch drei Redner sprechen sollen, nämlich ein Vertreter der Industrie, d. h. der Arbeitgeber, ein Vertreter der Arbeitnehmer und ein Landwirt. Es wird auf diese Weise, wenn die Herren sich in ihren Ausführungen eine gewisse Beschränkung auferlegen, wohl zu erreichen sein, daß die allgemeine Finanzdebatte wenigstens am Montag nachmittag zu Ende geführt werden kann.

Ich erteile nunmehr zunächst das Wort dem

Abg. Dr. Schofer: Die Angriffe, die auf die Arbeit des Wahlflugblattes und auch auf meine Person gemacht wurden, sind sehr zahlreich; sie waren sehr heftig, aber sie waren, was die innere Begründung angeht, ebenso schwach, deswegen ist es mir auch möglich, mich kurz zu fassen.

Der Herr Staatsminister hat zweimal Gelegenheit genommen, sich mit dem Wahlflugblatt zu beschäftigen. In einer der Ausführungen hat der Herr Staatsminister das Wahlflugblatt genannt ein Operat, „das aus fanatischem Hasse gegen alles, was seit Jahrzehnten vom Staate getan wurde", geschrieben sei. Ich habe immer bis jetzt gemeint: „De internis non judicat praetor", und über das Motiv, aus dem das Wahlflugblatt geschrieben worden ist, hätte ich gedacht, wäre nichts zu sagen. Ich erkläre ausdrücklich, daß ich mich absolut frei weiß von der Leidenschaft des Hauses, namentlich in den Stunden und Tagen, wo das Wahlflugblatt geschrieben worden ist. Ein Beweis ist gar nicht versucht worden und darum kann ich auch mit diesen Bemerkungen dieses Moment verlassen. „Das Wahlflugblatt", sagte der Herr Staatsminister, „richtet sich gegen alles, was seit Jahrzehnten vom Staat getan worden ist." Dann hätte der badische Staat in diesen Jahrzehnten wahrhaftig sehr wenig getan. Das Wahlflugblatt richtet sich nicht gegen den Staat, sondern gegen das Kulturkämpfertum, wie es sich im Jungliberalismus zeigt und gegen sonst niemand.

Besonders hat der Herr Staatsminister hervorgehoben, daß das Wahlflugblatt in Broschürenform erschienen sei. Es war ursprünglich nicht meine Absicht, das Flugblatt in Broschürenform herauszugeben; die Wünsche traten von außen an mich heran, und zwar sehr zahlreich und in intensiver Form. Ich betone aber, die Wünsche kamen nicht von Freiburg und nicht von Zähringen, sondern von anderswo her. Ich sage das deshalb, weil eine bestimmte Presse, mag man noch so klar und noch so bestimmt seine Erklärungen abgeben und selbst Berichtigungen senden, trotzdem eine Exegese finden, um einem etwas anzuhängen. Ich habe auch hier meinen Grund gehabt, diesen genannten Wünschen nachzugeben, denn ich sagte mir, so gut der „Evangelische Bundesbote" in Buchform auf der badischen Landesbibliothek aufgestellt ist, ebenso kann mein Wahlflugblatt in Broschürenform erscheinen. Und wenn der Herr Staatsminister den „Bundesboten" durchgeht, der von einem badischen Staatsbeamten geschrieben ist, wird er noch andere Dinge entdecken; ich versage es mir heute, auch nur eine einzige Probe anzuführen. Ebenso war der Operat von Graßmann in Broschürenform von badischen Amtsverkündigern in das Volk hinausgeworfen worden, sogar in hunderten von Exemplaren, und einer hat sich dessen nachher noch

gerühmt. Bekanntlich hat Boehtlingk seine Aufsätze zuerst im „Freien Wort", nachher in Broschürenform veröffentlicht, Schwarz hat sein Elaborat in Broschürenform in das Volk hineingeworfen, „Siegfried", das jungliberale Programm, 1902 erschienen, für Bayern und Baden geschrieben, enthält horrente Dinge gegen uns — und es ist in Broschürenform ins Volk hineingeworfen! Als Hoensbroech in Freiburg seine Rede hielt, da wurde sein Pamphlet gegen das Papsttum in größerer und kleinerer Ausgabe nicht nur von der nationalliberalen Presse angepriesen, es wurde nicht nur Preisermäßigung gewährt, sondern diese Schrift wurde förmlich kolportiert!

Ja, wenn diese Dinge passieren, soll es dann unsereinem verwehrt sein, ähnliches zur A b w e h r zu tun? Ich meine, die Gerechtigkeit und die Billigkeit müssen es dann einem auch gestatten, sich zu verteidigen.

Ich verlasse damit die Ausführungen des Herrn Staatsministers v. Dusch. Es wird noch eines oder das andere gegen andere Herren gesagt werden müssen, und es wird darin manches sich finden, was füglich auch auf das zu erwidern gewesen wäre, was der Herr Staatsminister gesagt hat; aber die Tatsache, daß ich erstmals in diesem Hause bin, und die Tatsache, daß der Herr Minister mich für einen bestimmten Posten abgelehnt hat, lassen es mir angeraten erscheinen, nichts weiter zu sagen.

Dagegen ist von seiten der Herren Abgg. Dr. Binz und Obkircher eine große Kanonade gegen das Wahlflugblatt losgelassen worden; und man hat auch gesagt, warum man diese Kanonade losgelassen hat, und es ist ja gestern vom Herrn Abg. Wittum noch eigens betont worden: man will mit dem Wahlflugblatt das Bündnis vom 24. Oktober motivieren. Das Bündnis war schon längst im Werden, ehe nur an das Wahlflugblatt, der „politische Waldmichel" gedacht worden ist. Es war schon Bassermann auf dem Dresdner Parteitag, der gesagt hat: man solle endlich aufhören, sich den Sozialdemokraten aufzudrängen (Zuruf: Seine Rede in Frankfurt a. O.), und dann will ich Ihnen vorlesen, was die „Münchner Neuesten Nachrichten" geschrieben haben, und was dann in alle jungliberalen Amtsverkündiger übergegangen ist, z. B. auch in den „Albboten" (Nr. 111, zweites Blatt, vom 21. September des Jahres 1905). Dort ist die ganze Genesis dargelegt, dort ist der moralische Werdegang gegeben. Hier heißt es: „Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß der liberale Teil des badischen Volkes, und das ist die erdrückende Mehrheit mit Einschluß der Arbeiterpartei" — Sozialdemokraten gab es damals schon nicht mehr, sondern es war eine „Arbeiterpartei" — „erst durch eine klerikal-konservative Reaktionsperiode in Gesetzgebung und Verwaltung zu einem wirklich liberalen Block" — der Andere ist kein wirklich Liberaler mehr — „zu einer solidarischen Interessengemeinschaft aller Liberalen mit Einschluß der Sozialdemokratie erzogen werden müsse. Das leichtbewegliche badische Volk wird dieses bald einsehen, und die jungliberale Bewegung hat den Boden dafür vorbereitet; sie hat auch die Köpfe derer ergriffen, die über die Altersgrenze des jungliberalen Reichsverbandes hinaus sind." Im Treiben des Jungliberalismus ist der wahre Grund für das Bündnis zu suchen, nicht im „Waldmichel".

Und dann hat man wohl auch den philosophischen Grundsatz aufrecht zu erhalten, daß bei vernünftig handelnden Menschen die causa und das causatum proportioniert sein müssen. Nun haben Sie selbst geschrieben: der „Waldmichel" sei das „reinste Kinderspiel" gegen den Bund mit der Sozialdemokratie. (Zurufe.) Entweder, meine Herren, haben Sie nun unlogisch gehandelt, oder es ist das andere richtig: Der Waldmichel ist nicht Ursache des Bundes. Ich nehme bei Ihnen das an, daß eben der „Waldmichel" nicht die causa des Bündnisses ist. Meine Herren! Sie haben wohl als wirklichen Grund zur Kanonade die Anschauung: je größer der Lärm ist, den Sie über den „Waldmichel" machen, um so leichter kommt man über das hinweg, was Sie am 24. Oktober und anderwärts taten.

Einiges muß ich doch noch sagen über die Auffassung des Flugblattes. Ich habe bereits angedeutet und schon erklärt: es ist ein Wahlflugblatt und nur zu dem damit gekennzeichneten Zwecke ist es geschrieben. Das Ziel ist, wie auch gestern der Herr Abg. Zehnter betont hat — ich habe mit ihm nie ein Wort über diese Dinge gesprochen, und zwar absichtlich nicht, wie ich überhaupt nie mit den übrigen Fraktionsgenossen über diesen Punkt verhandelt habe, ich habe großen Wert darauf gelegt, daß ich selbständig frei und frank meine und daß sie ebenso ihre Meinung sagen — ich sage: als Ziel wurde angegeben: „das kulturkämpferische Treiben der Nationalliberalen an den Tag zu legen"; dazu ist der „Waldmichel" geschrieben; das habe ich jüngst ebenso gesagt.

Und was für einen Zweck geben nun Sie dem Flugblatt? Der eine macht daraus ein „Geschichtswerk" und der andere ein „Programm". Entweder ist es ein Geschichtswerk oder es ist ein Programm. Beides zusammen wird es wohl nicht sein können. (Rufe.) Nein!, also kommen Sie mit sich selber in Widerspruch.

Die, welche darin ein Geschichtswerk sehen, haben mir zwei Eigenschaften abgesprochen, nämlich die Wahrhaftigkeit und Objektivität. Aber es hat keiner der Herren versucht, mir einen Irrtum nachzuweisen. (Lachen auf liberaler Seite; Zurufe.) Meine Herren, wenn Sie Geschichtsbaumeisterei suchen wollen, müssen Sie nicht zu uns kommen, die finden Sie wo anders.

Was nun die Objektivität anlangt, so wird über die Verdienste der Herren Nationalliberalen so viel geschrieben und in das Volk hineingetragen, daß wahrhaftig unsereiner nicht mehr die Aufgabe haben kann, derartige Arbeiten zu besorgen.

Wenn ich nun aber ein Programm hätte schreiben wollen, dann hätte ich nicht diese Form gewählt; ich glaube, daß, wenn ich ein Programm hätte schreiben wollen, ich auch Manns genug gewesen wäre, die entsprechende Form dazu zu finden. Uebrigens hat auch niemand den Beweis angetreten, daß hier ein Programm geschrieben werden wollte, und ich glaube, es wäre meinerseits eine Anmaßung, wenn ich versuchte, innerhalb der Partei, der anzugehören ich die Ehre habe, irgendwie programmatisch irgend etwas tun zu wollen. Ich glaube, daß keiner meiner Herren Kollegen, wie sie hier sind, in dem Zusammensein mit mir von meiner Person den Eindruck gewonnen hat, daß ich irgendwie darnach strebte, Einfluß zu gewinnen.

Dem Herrn Abg. Muser ist es dann vorbehalten geblieben — offenbar genügt ihm die Büste, die ihm mein Fraktionschef dediziert hat, noch nicht, oder er möchte noch eine dritte Inschrift haben als Literarhistoriker —, ihm ist es vorbehalten geblieben, das Wahlflugblatt eine „Dichtung" zu nennen. Er scheint zu glauben, daß die Sperrgesetze Dichtung waren, daß die Einsperrung der Geistlichen Dichtung sei, daß die Pfändung des Bischofs eine Dichtung darstelle. Ich möchte ihm nur wünschen, daß nie solche „Dichtung" über ihn komme.

Nun muß ich noch einmal auf den Grund der Abfassung des Flugblatts zurückkommen, weil man den nicht gelten lassen will. Der Herr Abg. Dr. Binz hat gesagt, er wisse nicht, wer Kulturkampf treibe und gegen wen Kulturkampf getrieben werden soll? Wenn er sich erinnert an das, was bei Gründung des jungliberalen Vereins in Freiburg gesagt worden ist, dann würde er es

wohl doch wissen, nämlich dort wurde gesagt: unser Kampf gilt Rom.

In Rastatt war auch einmal eine Versammlung, wohl am 23. Oktober 1905 im Gasthaus zum „Ritter"; dort wurde der liberale Kandidat eingeführt unter anderem auch mit dem Ausruf: weg mit dem Papsttum, wir brauchen keinen Papst! Dieser Ausspruch ist nicht desavouiert worden. Dort und hier ist mit einem Satz die Frage des Herrn Abg. Dr. Binz beantwortet.

Man will es nicht gelten lassen, daß die Taten des Evangelischen Bundes auch Ihnen zuzurechnen sind. (Lachen auf nationalliberaler Seite.) Ich habe mir nun die Schrift des Superintendenten D. Mayer in Zwickau: „Die Stellung der politischen Parteien zum Evangelischen Bund" (erschienen in Carl Brauns Verlag in Leipzig) angesehen, und da heißt es: „Die treuesten Freunde hat der Bund in den Reihen der Nationalliberalen und der Konservativen, die von der „Kreuzzeitung" sich fern halten; der Vorstand des Bundes muß überall, wo römische Gedanken in Gesetzgebung und Verwaltung eingeschmuggelt werden sollen, den Parteien das nötige Material zur richtigen Beurteilung der Zentrumsabsichten liefern." Also Material liefern an die Partei, und zweitens die treusten Freunde in den Reihen der Herren Nationalliberalen. (Zuruf des Abg. Dr. Binz: Und Konservativen!) Den Konservativen, die nicht bei der „Kreuzzeitung" sind. (Zurufe; Abg. Dr. Binz: Das verschweigen Sie wieder, das ist „Waldmichel"!) Ich habe das vorgelesen, Herr Dr. Binz, und ich berufe mich auf das ganze Haus! (Sehr richtig! beim Zentrum. Abg. Dr. Binz: Am Schlusse haben Sie aber nur die Nationalliberalen genannt!) Gewiß! (Abg. Dr. Binz: Das ist die Kunst des „Waldmichels", das ist „Waldmichelkunst"! Glocke des Präsidenten.) Was Sie darunter verstehen, diese Kunst existiert anderswo, nicht bei uns.

Der Herr Abg. Obkircher hat seinerzeit, im Jahre 1904, in Mosbach eine Rede gehalten. Ich beziehe mich auf den Bericht der „Badischen Landeszeitung", wonach er zuerst über die Klöster sprach, dann aber zu den Missionen übergehend fortfuhr: „Viel schlimmer aber ist das Unwesen der Missionen, die gesetzlich zugelassen sind. Die Regierung hat hier nur das Recht, Anzeige zu verlangen. Es wäre ein Dienst für die Bevölkerung, wenn man dieses Treiben einschränken könnte." Ob das nicht Kulturkampfideen sind, das kann ich ruhig jedermann zur Beurteilung überlassen. Wir empfinden aber das als eine bittere Kränkung, und darum muß es uns auch vergönnt sein, uns zu verteidigen.

Ich unterlasse es, auch die andere Adresse, an die der Kulturkampf sich wendet, zu nennen; es sind das nicht meine Sachen. Die protestantische Orthodoxie leidet gerade so darunter wie wir; ich lasse sie aber aus dem Spiel, obwohl der Beweis nicht schwer zu erbringen wäre.

Der Herr Abg. Obkircher hat die Quellen, aus denen ich geschöpft habe, behandelt. Das habe ich schon vorher gewußt. Ein Beamter hat mir vor etlichen Tagen gesagt: „Sie werden sehen, daß Herr Obkircher Ihnen alle Quellen aufdeckt, aus denen Sie geschöpft haben." Ich war also darauf vorbereitet und war sehr gespannt, wie diese Quellenforschung ausgefallen sein möchte. Nun war ich riesig enttäuscht über das, was zutage trat. Ich dachte bei den Ausführungen des Herrn Abg. Obkircher an den Vers: „Parturiunt montes, nascetur ridiculus mus!" Die Studien, die er gemacht hat, waren umgekehrt proportional zu der Heftigkeit, mit der er seine Ausführungen machte. Die mit Th. W. gezeichneten Artikel können sich, was Wahrheit, Logik, Sachlichkeit und Sprache angeht, mit manchem messen, das in der „Kölnischen Zeitung" oder in der „Breisgauer Zeitung" zu finden ist. (Abg. Obkircher: Auch die Länge?)

Ich komme nun auf die Art, wie der Herr Abg. Obkircher mich zu behandeln unternahm, zu sprechen. Ich muß dem Herrn Abg. Obkircher wohl bemerken, daß ich mich nicht als Sertaner weiß, vor dem er als Professor mit dem Meerrohr steht. Ich bin auch nicht der Hausknecht des Herrn Abg. Obkircher. Ich sehe mich veranlaßt zu diesen Bemerkungen ganz besonders wegen der Ausfälle gegen die Persönlichkeiten des früheren Parteiführers, der verstorbenen Exzellenz Windthorst, und unseres Parteichefs, des Herrn Geistl. Rats Wacker von Zähringen. Man hat mir nach jener Rede Obkirchers etwas von der guten Erziehung des Herrn gesagt, ich habe das nicht verstehen können. (Zuruf.) Ich denke, es wird verstanden werden, was ich sagen will. (Zuruf.) Wollen Sie sich beim Herrn Abg. Obkircher nachher erkundigen, er wird es Ihnen dann sagen.

Ich komme nun zu den einzelnen Angriffen. Da ist mir vom Herrn Abg. Obkircher als erste und schwerste Sünde angerechnet worden meine Stellung und mein Verhältnis im Wahlflugblatt zur Krone. Ich hätte gedacht, wenn der Herr Abg. Obkircher die Chronik seiner Partei auch aus jenen Jahren nachgelesen hätte, wäre er füglich nicht auf dieses Thema zu sprechen gekommen. Denn wer hat damals jene Bewegung vier oder fünf Monate lang in Szene gesetzt, die schließlich die Krone in die Lage brachte, entweder mit einem Verfassungskonflikt schärfster Art bedacht zu werden, oder das Konkordat aufzulösen? Und wenn hier in dieser Zwangslage, wohin die Väter der nationalliberalen Partei die Krone gebracht haben, der Krone als das minus malum erschienen ist, das Konkordat aufzugeben, so kann man das verstehen. Uebrigens mögen die Herren die Geschichte der Loge in Freiburg und hier nachlesen, dann werden Sie die wahren Gründe finden. (Abg. Obkircher: Haben Sie die gelesen?) Ja!

Uebrigens, die Aeußerungen, die in jener Zeit und später gefallen sind, die sind, was das Verhältnis zur Krone angeht, für Sie sehr bezeichnend. Der Hauptführer der Bewegung, der Herr Professor Häußer, schrieb im Jahre 1859: „Leicht wird die Sache — nämlich der Sturz des Konkordats — nicht werden. Es stehen zusammen die Ultramontanen, die regierende Bureaukratie und die protestantische Orthodoxie, d. h. die Oberkirchenratspfaffen. Die Regierung ist von borniertem Eigensinn beherrscht." Wenn das im „Waldmichel" gestanden wäre, möchte ich die Kanonade sehen, die da losgegangen wäre!

Ich berufe mich, was mein Verhältnis und meine Gesinnung zur Krone angeht, auf den früheren Minister Jolly, und den werden Sie anerkennen müssen. Sie können es in der Biographie Baumgartens Seite 68 nachlesen: „Preußen leidet an zwei Uebeln: Erstens hat der König von Preußen einen engen Horizont. Er will keinen Krieg gegen seine Brüder führen und Bismarck treibt ihn nur dadurch zu allen Kriegsmaßregeln, daß er ihm weiß macht, es handle sich um einen Defensivkrieg ... Bismarck braucht deshalb irgend einen Vorwand, um den Alten in Harnisch zu bringen." Meine Herren, so etwas hat der Verfasser des „Waldmichel" nicht geschrieben. Was ist dann seither passiert? Ich erinnere an den 10. März 1880, wo selbst ein Kiefer seinen Platz verlassen mußte, um den Fraktionschef zu warnen, der Krone gegenüber nicht zu weit zu gehen. Was hat man vor ein paar Jahren gelesen gegen die Träger der Krone in Baden in den „Münchener Neuesten Nachrichten" und den „Leipziger Neuesten Nachrichten"?

Ich will nur noch einen Zeugen anrufen, der für Sie gewiß wieder unverdächtig sein wird. Es ist der altkatholische Pastor Jentsch. Er schrieb im Jahre 1897 in dem

„Grenzboten", Seite 98/99: „Alle Offenburger Honoratioren waren selbstverständlich nationalliberale Bismarckverehrer. Dann aber waren die Aelteren unter ihnen alle 48er, d. h. Revolutionäre — ja, unter einem halben Dutzend, mit dem ich einmal zusammensaß, fand sich keiner, der nicht gesessen war oder als Flüchtling in Amerika — und Aufgeklärte im Sinne eines pfaffenfresserischen Kulturkämpfers." Das ist die Antwort. Nun frage ich Sie — zu den Liberalen —: „Ist mein Verhalten oder Ihre ganze Vergangenheit das, was angefochten werden kann?" (Abg. Obkircher: Ist das die Entschuldigung für den Vorwurf des Wortbruches?) Wo habe ich Wortbruch vorgeworfen? (Abg. Obkircher: Im „Waldmichel"!)

Zweitens hat man mir den Vorwurf gemacht, daß ich mich versündigt hätte an dem Minister. Nun, wie hat Jolly über Bismarck geurteilt, und wie hat Bluntschli wieder über Jolly geurteilt? Jolly hat gesagt: „Bismarck geht aller Sinn für die moralischen Mächte im Volke ab." Und Bluntschli nannten sie bei seinem Tode im Jahr 1880 oder 1881 in der „Landeszeitung": „einen Mann erster Größe in wissenschaftlicher, religiöser, politischer, kommunaler, parlamentarischer und jeder menschlichen Beziehung." Und dieser Herr Bluntschli hat von Jolly gesagt, „daß er ausgezeichnet sei durch Rücksichtslosigkeit gegen die Kollegen, Unzuverlässigkeit gegen den Freund und Schwäche gegen den Großherzog." Es steht das in seinen Denkwürdigkeiten, 3. Band. Das hat nicht der „Waldmichel" gesagt, sondern das haben diese Herren, die Ihrer Partei angehören, über einander gesagt.

Nun soll ich mich weiter verfrevelt haben an Ruhe und Frieden des Landes, so lautet der Vorwurf. Meine Herren, ich habe nur erzählt und lange nicht alles erzählt, was passiert ist im sogenannten Kulturkampf; wenn nun aber die Erzählung schon die Ruhe stört, was müssen dann die Tatsachen selbst getan haben? Die Tatsachen haben in dem Kulturkampf nicht aufgehört, wir haben 1902 den großen Klostersturm gehabt, und der hat die Ruhe auch gestört, und man hat gedroht, wenn die Regierung Miene mache, Klöster zuzulassen, dann werde noch ein zweiter Sturm kommen, der noch größer sein werde, als der erste. Das stört die Ruhe natürlich nicht, und die katholische Geistlichkeit, die stört die Ruhe im Lande wahrhaftig auch nicht!

Nun hat man noch meine Auffassung über das Verhältnis zwischen Staat und Kirche angegriffen. Die Auffassung enthält im wesentlichen nichts anderes, als den Standpunkt, den ein alter Liberaler, von Rotteck, in seinem Staatslexikon ausgesprochen hat. Es heißt da: „Das Recht der Kirche, zu bestehen, schließt das Recht in sich, so zu bestehen, wie es das Glaubensbekenntnis der Kirche fordert oder mit sich bringt, und wohl kann einer erst aufzunehmenden Kirche die Bedingung auferlegt werden, sich in gewissen Dingen den Landesgesetzen zu fügen, aber nicht kann einer aufgenommenen oder längst bestehenden Kirche die Forderung gestellt werden, sich den später erlassenen Landesgesetzen zu unterwerfen. Solche, dem Glauben einer Kirche zuwiderlaufenden Gesetze können rechtlich gar nicht erlassen, das heißt, ihre verbindliche Kraft kann sich nicht auf jene Kirchen erstrecken, deren Glauben und Gewissen auf jene Freiheiten basiert werden. Hierüber kann ein Streit wohl nicht bestehen."

Nun komme ich zu dem Vorwurf hinsichtlich der Aulfinger Versammlung. Was ist nun der Tatbestand? Welches ist das große Verbrechen, das ich dort begangen habe? Ich kam eben nach Aulfingen, und dachte daran, den guten Leuten einige Kleinigkeiten zu erzählen und zur regen Wahlbeteiligung aufzufordern. Wie ich aber hinkam, sah ich, daß drei junge Beamten da waren aus Donaueschingen, die offenbar Lust hatten, in die Diskussion einzugreifen, und ich sagte direkt zu dem Vorsitzenden, es wird nichts verboten; diese bekommen von meiner Seite die denkbar größte Freiheit zu diskutieren, und als einer darauf zu mir herkam, habe ich ihm gesagt: Sie haben vollständige Redefreiheit. Wenn nun der Vorsitzende ihnen diese Erlaubnis nicht bewilligt hat, sondern ihre Zeit auf 10 Minuten oder eine Viertelstunde beschränkte, so tat er es nur im Gegensatz zu mir selber. Das ist aber Nebensache. Dort fragte mich nun einer, ich glaube es war der Referendär Dr. Bensinger, was würden Sie tun, wenn Sie Jesuit wären und Sie nach Deutschland kämen, würden Sie auch Gottesdienste abhalten? „Gewiß", sagte ich, „wenn ich darum gebeten würde, so würde ich Gottesdienste abhalten und auch das Sakrament der Buße spenden, denn ich kann darin gar nichts Staatsgefährliches sehen." Das war mein ganzes Verbrechen und nun können Sie etwas Staatsgefährliches darin sehen? (Zwischenruf des Abg. Obkircher: Gesetzeswidrigkeit!)

Ich will dem Herrn Abg. Obkircher Antwort geben. Es sind verschiedene Herren hier, von denen ich annehme, daß sie Reserveoffiziere sind. Angenommen sie würden nun in ein Duell verwickelt werden, so würden sie das höchst wahrscheinlich nicht ablehnen und infolge dessen würden sie wohl, ich glaube mit dem § 201 ff. St.G.B. in Konflikt kommen. Nachher sind sie aber trotzdem Reserveoffiziere und dienen dem Vaterlande. Also ich befinde mich in sehr guter Gesellschaft. Ich will aber noch eine Bemerkung machen: Ist kein Unterschied zwischen einem Duellmord und einer heiligen Messe? Diese ist nach unserer Glaubensverfassung die höchste Art der Gottesverehrung. Dagegen wird der Duellmord nach dem Christentum und auch nach der Weltanschauung derjenigen, die noch gewissermaßen auf einem christlichen Standpunkt stehen, wohl als etwas verderbliches betrachtet werden, nicht wahr Herr Kolb? (Heiterkeit.)

Ich verlasse nun diesen Gegenstand und komme zu einem anderen, der mich ja eigentlich nicht im vollen Umfange berührte, aber doch auch mir in einem gewissen Sinne zum Vorwurf gemacht worden ist, und das ist die konfessionelle Verhetzung zu Wahlzwecken. Ich habe hier einen Aufruf, bzw. die Abschrift eines Aufrufes, der im Wahlbezirk Triberg-Wolfach erschienen ist, und darin steht auch hinsichtlich des liberalen Kandidaten folgender Passus: „An unsere evangelischen Mitbürger, die zu neun Zehntel unseres Bezirks ausmachen, richten wir die ernste Mahnung, seid auf Eurer Hut! Der Ultramontanismus, der in der heutigen Zentrumspartei verkörpert ist, hat kein anderes Ziel vor Augen, als die Verhältnisse auf kirchlichem, auf politischem, auf sozialem und kulturellem Gebiete nach mittelalterlichen Anschauungen umzumodeln, und zur Erreichung dieses Zieles ist ihm nach jesuitischer Art jedes Mittel recht." Hier wird direkt an die evangelische Konfession appelliert, und es wird das evangelische Gewissen aufgerufen zu politischen Zwecken. Und um das noch recht zu stimulieren, wird gesagt: „nach jesuitischer Art ist auch das verwerflichste Mittel recht." Das ist eine Beschimpfung der Jesuiten. Diese haben nie gelehrt, daß verwerfliche Mittel durch ein gutes Ziel erlaubt oder dadurch geadelt werden, und darum ist und bleibt es hier jedenfalls eine Verleumdung des Jesuitenordens und zugleich eine schwere Beleidigung der Zentrumspartei, und damit haben Sie auch den Beweis geliefert, daß Sie dort drüben die konfessionelle Verhetzung zu Wahlzwecken zu verwenden wissen! (Zwischenruf des Abg. Dr. Binz: Die Ihnen nachgemacht wird!) Wenn man im Oberlande oben ist, wie marschieren da bei den Herren Liberalen „die guten Katholiken" als Kandidaten auf. Ich will nur vorübergehend daran erinnern, ist das

nicht etwas, was an die Konfession appelliert?, und dann erinnere ich noch an ein Zirkular vom Jahre 1898, das in Konstanz ausgegeben worden ist an die Mitglieder des evangelischen Arbeitervereins; dort heißt es: „Daß die Mitglieder als evangelische Christen ihre Stimme ohne Rücksicht auf die etwaigen Parteianschauungen im Interesse der evangelischen Kirche gegen das Zentrum abgeben sollen." Meine Herren, ich denke, wenn derartige Dinge vorliegen, dann muß man etwas vorsichtiger sein, wenn man anderen Vorwürfe machen will. Sie brauchten jüngst das Wort: Wer im Glashaus sitzt, darf nicht mit Steinen werfen. Ich gebe es Ihnen zurück. Einer der Herren sprach auch vom katholischen „sichabschließen". Es gibt auch protestantische Jünglingsvereine; die Protestanten haben die ganze soziale Organisation, wie wir Katholiken sie haben. Es ist genau so auf katholischer wie auf protestantischer Seite, und darum sollten wir uns über diesen Punkt doch wohl nicht unterhalten. Uebrigens steht in der Wartburg von protestantischen Hotels für die Sommerfrische. In Nr. 217 vom 18. September 1905 der „Speyrer Zeitung" steht eine Annonce: „Heute Montag abend beginnt der protestantische Nähabend." Doch diesen Dingen lege ich Wert nicht bei.

Nun muß ich doch noch einmal auf den Fall Gaisert zurückkommen, da er abermals behandelt worden ist. Meine Herren, wie oft wollen Sie den Herrn Pfarrer Gaisert noch bringen? Wir haben ihn bei der Wahlanfechtung behandelt, jetzt behandeln wir ihn wieder; bei der Interpellation wird er wieder kommen. Ich meine, es wäre umsomehr Vorsicht geboten, als Sie sich stützen auf nicht vereidigte Zeugen, als Sie, und das möchte ich zurückweisen, die Sache anfangs behandeln als eine res judicata. Es ist noch eine res judicanda, und darum meine ich, sollte man zuwarten mit seinem Urteil, bis der Richter gesprochen hat. (Sehr richtig! im Zentrum.) Meine Herren! Ich habe es freilich auch nicht verstehen können, was man mir sagte, daß der Herr Staatsanwalt den Herrn habe abführen lassen mit zwei Gendarmen. Er hat das Recht dazu, ich mache ihm da gar keinen Vorwurf in dieser Hinsicht. Aber man möchte fast sagen: es wundert einem beinahe, warum man nicht noch die Kanoniere von Freiburg requiriert hat. (Bewegung.)

Der Herr Abg. Obkircher hat dann noch eine Bemerkung gemacht hinsichtlich des Ausscheidens des Herrn Geistlichen Rats Wacker aus diesem Hause und will die Gesundheitsrücksichten nicht gelten lassen. Dieser Grund sei ein dialektisches Kunststück gewesen. Meine Herren! Wer den Herrn Geistlichen Rat Wacker damals gekannt und gesehen hat, der weiß, daß seine Gesundheit faktisch sehr schwer leidend war, und daß darin Grund für seinen Schritt lag, und wenn irgendwie etwas andere noch dazu gekommen wäre, ich meine, da müßte ein wahrhaft liberaler Mann sagen: zum Schutze seiner Rechte als Staatsbürger müßte man sich gegen etwas derartiges verwahren.

Und nun, meine Herren, damit bin ich so ziemlich am Ende dessen, was ich zu sagen habe. Es wird nichts nützen, das weiß ich. Sie werden fortfahren, das zu tun, was Sie bis jetzt getan haben. Aber das sage ich Ihnen: Sie werden damit mehr und mehr die Männer, die hinter uns stehen, aufrütteln und aufwecken. (Bravo! im Zentrum.)

Abg. Venedey (Dem.): Im Gegensatz zu einer großen Anzahl meiner Herren Vorredner beabsichtige ich nicht, über den Waldmichel zu sprechen. Ich habe auch nicht die Absicht, näher auf die Rede des Herrn Vorredners einzugehen, obwohl sie mir interessant war als ein klassischer Beweis dafür, daß der alte scholastische Geist der Klosterschule, den wir längst als tot und begraben angesehen haben, noch unter uns lebt und mit eigentümlichen Spitzfindigkeiten und verschlungenen seltsamen Gedankengängen operiert, für die wirklich moderne Menschen, modern allerdings nicht in dem Sinne, wie wir es in diesen Tagen von Ihrer Seite (zum Zentrum) gehört haben, relativ wenig Verständnis haben.

Ich will nur auf einen Punkt eingehen, dessen der Herr Vorredner zum Schluß gedacht hat und der doch einer Zurückweisung bedürftig zu sein scheint. Er hat sich darüber aufgehalten, daß der Pfarrer Geisert durch zwei Gendarmen abgeführt worden sei. Ich kann die Richtigkeit dieser Behauptung im Augenblick nicht kontrollieren. Aber ich muß sagen: er war und ist beschuldigt eines recht schweren Verbrechens, eines Verbrechens, das mit Zuchthaus bis zu 5 Jahren bedroht ist, und es ist jedenfalls die Anklage, unter der er steht, eine himmelhoch schwerere wie diejenige, unter der die beiden unglückseligen Flugblattverteiler gestanden sind, die sich vielleicht gegen irgend eine kleine Ordnungsvorschrift des Preßgesetzes vergangen haben. Dort hat uns der Herr Minister Schenkel mit einem nach meinem Empfinden schlecht gewählten Humor erzählt von dem lieblichen und idyllischen Morgenspaziergang durch die Landschaft, den diese beiden Leute mit den beiden Gendarmen gemacht haben. Ich habe da nichts von der flammenden Entrüstung gemerkt, die der Herr Kollege Schofer hier an den Tag gelegt hat, weil sein Amtsbruder wegen eines schweren Verbrechens von der Gendarmerie eskortiert wurde, sondern es legte sich ein behagliches Schmunzeln über die Gesichter (zum Zentrum) der Herren auf jener Seite (Lebhafter Widerspruch im Zentrum; Rufe: Ist nicht wahr!). Ich habe gesehen, daß mehrere Herren gelacht haben. Ich glaube, es sah die ganze Seite dieses Hauses, daß verschiedene Herren da drüben gelacht haben, und ich bemerke, daß wir unmittelbar unsere Entrüstung darüber in Privatgesprächen zum Ausdruck gebracht haben (Abg. Dieterle: Man kann über einen Scherz lachen, ohne mit dessen Inhalt einverstanden zu sein). Nun ja, man kann die Sache auch so auslegen (Heiterkeit bei den Liberalen).

Ich will sodann, um zu dem Gegenstand unserer Verhandlung zurückzukehren, nur wenige Worte über unsere allgemeine Finanzlage sprechen. Ich kann mich im wesentlichen auf das berufen, was mein Freund und Fraktionschef Heimburger und auch im weiteren Sinne die Herren Kollegen Frühauf und Kolb gesagt haben. Ich bin nämlich der Ansicht — im Gegensatz zu dem Herrn Finanzminister — daß die Ausführungen der Herren Kollegen Frühauf und Kolb auf diesem Gebiete durchaus nicht schwach waren und daß sie in einzelnen ihrer Ausführungen wenigstens auf mich einen viel stärkeren Eindruck gemacht haben, als auf den Herrn Finanzminister. Auch ich bin der Meinung, daß unsere Finanzlage keine so kritische ist, wie sie uns vielfach unter der Zustimmung von der andern Seite des Hauses (dem Zentrum) vom Herrn Finanzminister dargestellt wird. Ich bin der Meinung, daß jedenfalls für gewisse allgemeine Aufgaben, die ein moderner Kulturstaat erfüllen muß, auch die Mittel unter allen Umständen vorhanden sein müssen; als derartige Kulturaufgaben betrachte ich die entsprechende Ausbildung unseres Volksschulwesens in dem Sinne, wie wir unsere Anträge auf dem letzten Landtage eingebracht haben, und die alsbaldige Inangriffnahme einer allgemeinen Gehaltsrevision, soweit eben die Gehälter unserer Beamten den steigenden Ansprüchen unseres heutigen Lebens nicht mehr entsprechen. Das ist jedenfalls durchweg bei allen mittleren und kleineren Beamten und auch bei einer Anzahl Kategorien von höheren Beamten der Fall. Als Beispiel will ich

unsern Herrn Generaldirektor herausgreifen, der nur mit einem Gehalt von 7500 Mark im Jahre dotiert ist. Ich möchte aber doch bitten, die Ausgestaltung des Gehaltstarifs nicht etwa bei den höheren Beamten anzufangen, nicht etwa die Verhältnisse in Preußen, die ungeheuren Unterschiede, wie sie dort zwischen den höheren und mittleren und kleineren Beamten herrschen, bei uns zum Vorbild zu nehmen. In Preußen hängen diese Unterschiede mit der gesellschaftlichen Struktur des preußischen Staates und des preußischen Volkes zusammen. Wir sind — ich sage glücklicherweise — auch in dieser Beziehung mehr demokratisch veranlagt. Insbesondere muß besser gesorgt werden für die großen zahlreichen Kategorien der Eisenbahnbeamten, ebenso für die im Beamtenverhältnis angestellten Eisenbahnbediensteten. Wir müssen einmal aus dem circulus vitiosus, aus diesem fehlerhaften Kreislauf, in dem wir uns seit Jahren bewegen, herauskommen, daß, wenn wir irgend eine Aufbesserung einer bestimmten Beamten- und Arbeiterklasse verlangen, daß man uns sagt: das kann nicht für sich gemacht werden, das muß hinausgeschoben werden bis zur allgemeinen Gehaltstarifrevision — und wenn wir diese verlangen, daß man uns dann sagt, dazu haben wir kein Geld! Wenn wir die Mittel für unaufschiebliche Kulturaufgaben nicht durch unsere normalen Einnahmen aufbringen, müssen wir eben sehen, wo wir uns neue Einnahmequellen eröffnen. Das kann auf dem Wege der Vermögenssteuer durch entsprechende Ausgestaltung nach oben erreicht werden. Es wäre vielleicht auch kein Unglück, wenn man an eine Revision der Einkommensteuer in ähnlichem Sinne heranträte, wenn man etwa die Progression schon früher als bei 20 000 Mark Einkommen beginnen lassen würde, wenn man vielleicht den Prozentsatz bis zu 5 Prozent steigert und nicht bei den 4 Proz. wie bisher stehen bleibt.

Ich komme mit wenigen Worten auf das Verhältnis zum Reich, das Verhältnis unserer Finanzen zu denen des Reiches und auf die Reichsfinanzreform. Es ist von verschiedenen Seiten betont worden, es müsse das Reich auf eigene Füße gestellt werden, und man hat sich auch gegen den Grundgedanken, der der clausula Frankenstein zu Grunde lag, ausgesprochen. Ich muß für meine Person sagen, daß man die Frage von zwei Seiten betrachten kann. Ich halte es für gut, daß der föderative Charakter des Reiches gewahrt bleibt und die Bundesstaaten sich auch auf finanziellem Gebiete ihren Einfluß auf das Reich und damit auf seine Politik bewahren; ich halte das deshalb für richtig, da das Reich aus einzelnen bis dahin souveränen Staaten hervorgegangen ist, die nur auf einen Teil ihrer Souveränetätsrechte zu Gunsten des Königs von Preußen als Bundespräsidenten freiwillig verzichtet haben. Ich bin dafür, daß dieser föderative Charakter als Bundesstaat entsprechend betont werde und kann mich deshalb für meine Person nicht denen anschließen, die sagen, das Reich solle unabhängig von den Bundesstaaten sein. Ich gebe zu, daß weitere Mittel dem Reiche notwendig sind. Wenn ich aber sehe, wie diese Mittel verlangt werden, so muß ich mein größtes Bedenken gegen verschiedene der vorgeschlagenen Steuern äußern.

Ich will nicht auf die Einzelheiten, die mehrfach behandelt sind, eingehen, ich will auch nicht die Frage prüfen, ob es sich bei der Tabaksteuer, bei der Biersteuer um eine Besteuerung der notwendigen Genußmittel der breiten Masse des Volkes handelt! Ich bin der Meinung, man muß nicht nur diejenigen schützen, die Konsumenten sind — in diesem Sinne könnte man vielleicht von einer Steuer auf Genußmittel sprechen, denn man kann auch leben, ohne Bier zu trinken und ohne zu rauchen — sondern es muß auch derjenige geschützt werden, der produziert. Gerade wir Badener haben die dringende Ursache, dafür einzutreten, daß nicht die Produzenten einer ganzen Industrie, der bei uns blühenden Tabakindustrie, in der Weise geschädigt werden, daß unter Umständen zehntausende von fleißigen Leuten vollständig ihrer Existenz beraubt werden. Mit größerer Sympathie stehe ich der Erbschaftssteuer gegenüber; diese könnte man ganz leicht so ausgestalten, daß sie die neuen Mittel, die aufzubringen sind, ganz oder mindestens zum Löwenanteil aufbringen wird. Ich weise darauf hin, daß diese Steuer in anderen Staaten außerordentlich viel mehr einbringt als bei uns; so bringt die Erbschaftssteuer in England 264 Millionen ein (abgesehen von ca. 80 Millionen der Schenkungssteuer), in Frankreich 152 Millionen. England hat 39 Millionen Einwohner, Frankreich 38½ Millionen, das Deutsche Reich aber 60 Millionen Einwohner. In England steigt die Erbschaftssteuer von 1 Proz. bis 8 Proz.; sie greift ganz kräftig ein. Ich konstatiere, daß die meisten der anderen Staaten auch die Besteuerung der Deszendenten, Aszendenten und Ehegatten haben, so Frankreich, England, Oesterreich, Rußland, Dänemark und Italien. Ich sehe nicht ein, weshalb wir es nicht ebenso machen sollten, abgesehen von einem gewissen Minimum, das frei bleiben müßte. Aber wer ohne eine Hand zu rühren von seinen Eltern 100,000 oder eine Million erbt, weshalb sollte er nicht einige Tausend Mark an den Staat abgeben? Die Erbschaftssteuer muß stark angezogen werden um die Mittel zu bekommen, die man braucht. Die Erbschaftssteuer wird auch von denjenigen getragen, die ein überwiegendes Interesse an den Ausgaben des Reiches für Heer und Marine haben. Der Wohlhabende und Reiche hat ein größeres Interesse an dem ungestörten Genuß seines Vermögens als der Arme, an der Ruhe nach außen und nach innen; daß nach dieser Richtung (nach innen) unser Heer eine große Rolle spielt und spielen soll, darüber wollen wir uns nicht täuschen. Jetzt trägt der Reiche die Lasten des Heeres und der Marine in geringem Maße. Die große Masse des Volkes muß 2 bis 3 Jahre in der Kaserne dienen, während der Reiche — der Reiche ist nicht immer der Gebildete — nur ein Jahr zu dienen hat unter besonders angenehmen Umständen. Ich meine, wir sollten uns in dieser Beziehung Frankreich zum Muster nehmen. Es wäre auch bei uns sehr gut, wenn alle Soldaten 2 Jahre lang unter denselben Bedingungen dienen müßten; sie würden mehr Verständnis als jetzt für ihre gegenseitigen Anschauungen, Wünsche und Interessen erhalten. Ich glaube, daß mit einem Schlage die Soldatenmißhandlangen aufhören und eine weitere Verkürzung der Dienstzeit eintreten würde, wenn auch die reichsten Leute ihre Söhne 2 Jahre in die Kaserne hineinschicken müßten.

Ich will diesen Gegenstand verlassen und von den Reichsfinanzen übergehen auf die Reichspolitik überhaupt und auf den Zusammenhang der badischen Politik mit der Reichspolitik. Ich habe bei früherer Gelegenheit darauf hingewiesen, daß durch unser deutsches Vaterland ein absolutistischer und zentralistischer Zug hindurchgeht, der mit dem vorhin gekennzeichneten Charakter unseres deutschen Vaterlandes, seiner Geschichte, seiner Entstehung aus den früher souveränen Staaten nicht in Uebereinstimmung steht. Es ist nicht so, als ob die einzelnen Staaten von Preußen erobert worden wären und sich das Schicksal gefallen lassen müßten, wie man es dem indischen Radscha in den Kolonien Englands und Hollands bereitet hat, sondern die souveränen Bundesstaaten haben lediglich auf einzelne ihrer Rechte verzichtet. Es wäre gut, wenn der bundesstaatliche Charakter immer wieder betont und die Großh. Regierung darauf hinwirken würde, daß dieser bundesstaatliche Charakter an den betreffenden Stellen zum Bewußtsein und zur Empfindung kommt. Es wäre um-

somehr zu wünschen, als dieser absolutistische Zug, dieses persönliche Regiment, von dem ich spreche, an einer gewissen Sprungfähigkeit leidet; ich erinnere an das Wort Zickzackkurs. Ich brauche nur die Worte Chinafeldzug, Waldersee, Marokko, Tangerreise auszusprechen, um zu zeigen, was ich denke; es ist schwer, darüber zu sprechen. Eine Spezialität dieses Regimes ist die säbelrasselnde Friedensrede; es wird betont, daß man von Frieden trieft, aber wenn das Ausland den Frieden stört, so soll es aufs Haupt geschlagen werden. Das ist nicht die rechte Weise der Friedensliebe. Ich glaube berechtigt zu sein, auf diese Dinge hinzuweisen und möchte bitten, sich zu vergegenwärtigen, daß dies im Auslande einen sehr unangenehmen Eindruck machen muß. Denken Sie, um sich dies zu vergegenwärtigen, wenn etwa vom Präsident Loubet oder vom König Eduard VII. von England diese Reden von der gepanzerten Faust usw. gehalten worden wären, was wir bei uns darüber sagen würden!

Eine ernsthafte italienische, gegenüber dem deutschen Reiche freundlich gesinnte Zeitung, die „Tribuna", hat ausgesprochen, daß Deutschland in gewissem Sinne Gegenstand der Beunruhigung in den europäischen Staaten ist, und auf die Gefahr hin, daß man mich für einen antinationalen Menschen erklärt, sage ich: wir haben schon oft die Empfindung gehabt, als ob wir die Rolle einnehmen wollten, die Frankreich unter Napoleon III. gespielt hat.

Ich bin so gut national, wie irgend ein Mensch hier im Hause, ich liebe mein Vaterland so sehr, wie einer das kann, ich bin sogar so national, daß ich heute noch auf dem Standpunkt stehe, den Arndt seinerzeit zum Ausdruck gebracht hat: „Das ganze Deutschland soll es sein!", daß ich heute noch die Ereignisse von 1866 und 1870 nicht als Abschluß der deutschen Frage betrachte, sondern als einen notgedrungenen Kompromiß, den man geschlossen hat, der aber nicht hindert, daß die 10 Millionen Deutsch-Oesterreicher unsere deutschen Stammesbrüder sind, die vielleicht eines Tages auf Aufnahme im alten Vaterhaus angewiesen sein werden, was jedenfalls die gute Folge hätte, daß das süddeutsche Element gegenüber dem Ueberwuchern des preußischen Geistes stärker würde. Ich halte allerdings nicht für national, zu Allem Ja und Amen zu sagen, sondern auch unter Umständen Bedenken zu äußern, wo es notwendig ist, und ich kann mich hier, wenn uns England immer als das Volk der nationalen Gesinnung par excellence hingestellt wird, darauf berufen, daß z. B. die größten und bedeutendsten englischen Staatsmänner, wie Lord Chatham, der ältere Pitt es waren, die s. Zt. gegen den Krieg gegen die nordamerikanischen Staaten, mit größter Entschiedenheit Front gemacht haben und daß der derzeitige englische Ministerpräsident Campbell Bannermann mit aller Entschiedenheit den Krieg mit Transvaal verurteilt hat.

Diese „Friedensreden", von denen ich vorhin gesprochen habe, hören Sie übrigens auch aus anderem Munde; so hat der Reichstagspräsident Graf Ballestrem sich in einer Rede am letzten Kaisersgeburtstag wie folgt geäußert: „Um den Frieden zu erhalten, den Frieden nicht nur in Europa, sondern in der Welt — denn es wird jetzt Weltpolitik getrieben und kann nicht anderes getrieben werden — muß man stark sein, man muß so gerüstet und gewappnet sein, daß man jeden, der den Frieden leichtsinnig stören will, aufs Haupt schlägt und ihn zwingt, den Frieden zu erhalten. Das werden die anderen Mächte auch schon tun, ohne daß man sie geradezu aufs Haupt zu schlagen braucht, wenn sie nur wissen, daß sie, wenn es nötig wird, geschlagen werden, und zwar geschlagen werden mit den tauglichen Werkzeugen, mit der ersten Armee der Welt und mit einer im Aufschwung befindlichen Flotte".

Ich meine, eine derartige Protzerei — ich kann mich nicht anders ausdrücken — hätte ich von dem Reichstagspräsidenten Ballestrem nicht erwartet und er hätte am besten eine derartige Rede in seiner verantwortlichen Stellung unterlassen. Ich bitte auch an den Eindruck zu denken, den es gemacht hätte, wenn wir gehört hätten, daß z. B. der französische Kammerpräsident Doumer eine derartige Rede gehalten hätte. Was würde man da in den Zeitungen über „gallischen Chauvinismus" geschrieben haben! Solche Dinge machen durchaus keinen guten Eindruck im Ausland, und ich möchte nur auf den durch die Zeitungen gegangenen Artikel des Schriftstellers und Publizisten Konrad Alberti aus Paris hinweisen, der in Beziehung auf die Rede des Herrn Grafen Ballestrem folgendes besagt: „er (Alberti) habe sich mit einem hervorragenden französischen Staatsmann besprochen und dieser habe gesagt: man solle ihm doch durch derartige Dinge die Verständigung mit Deutschland nicht allzu schwer machen, und sei dann wörtlich fortgefahren: „Was soll man dann von der politischen Reife einer Nation halten, wenn der Präsident ihrer Volksvertretung, also ihr erster Bürger, nicht die Fähigkeit oder nicht die Absicht hat, in einem Augenblick höchster politischer Spannung die Tragfähigkeit und den Eindruckswert seiner Worte auf das Milligramm abzuwägen? In Frankreich würde man einen solchen Politiker nicht drei Tage auf dem Ehrenstuhl der Kammer dulden!"

Ich will damit diesen Gegenstand verlassen. Ich will nur noch sagen, es macht sich gerade von der Seite, die sich bei dazu bietender oder nichtbietender Gelegenheit in „Ehrfurcht erstirbt", — eine sehr ungeeignete Beschäftigung für einen Präsidenten des deutschen Reichstags und deutschen Volkes — sehr ungünstig, wenn man so „forsch" nach außen auftritt, um mich eines in Studentenkreisen üblichen Ausdruckes zu bedienen.

Ich habe den Eindruck, daß ein solches absolutistisches Regiment in Preußen auch in der inneren Entwicklung unseres deutschen Vaterlandes seine Wirkung nicht verfehlt. Daß es sich dabei natürlich auf die rückschrittlichen Elemente, auf den Adel und den Klerus stützen muß, daß ist sonnenklar, und ich halte es deshalb für eine Utopie, wenn man meint, solange dieses Regiment herrscht, könne eine Versöhnung zwischen ihm und der Demokratie im Sinne der Naumannschen Ideen stattfinden. Die Demokratie kann nur gedeihen auf dem konstitutionellen parlamentarischen Standpunkt und nicht auf dem des Cäsarismus.

Ein Ausfluß dieses Regiments war insbesondere die Haltung der Regierung gegenüber den sozialistischen Kundgebungen vom 21. Januar d. Js. Wenn man da gesehen hat, welche Vorbereitungen getroffen worden sind, wie das Militär in den Kasernen konzentriert worden ist und scharfe Patronen bekommen hat, wie Kavallerie und Artillerie operationsbereit gehalten wurden, so muß man sagen, das ist eine Uebertreibung, die man nicht verstehen kann. Was hat man eigentlich erwartet, oder gar gewünscht? Ich habe neulich einen Artikel in der neuen Züricher Zeitung gelesen, wo ein deutscher Korrespondent sagt, es gäbe einflußreiche Kreise in Deutschland, denen der Krieg gar nicht so unangenehm wäre. Die Verhältnisse im Innern Deutschlands seien zerfahren, und da würde auf einen Schlag mit allen Gegnern der bestehenden Zustände glatte Bahn gemacht werden, d. h. die Politik Napoleons III. — die zu einem sehr bemerkenswerten Resultat geführt hat — hat da ein Korrespondent — empfohlen. Jedenfalls waren alle derartigen Besorgnisse durchaus unbegründet und vor allem diese Maßregeln ebenso verfehlt wie unklug. Man hätte meinen können, man stehe am Vorabend eines Bürgerkriegs und man kann hier auch nicht von einem nationalen und

einem vaterländischen Standpunkt sprechen, wenn man unter vaterländisch das versteht, was im wohlverstandenen Interesse des gemeinsamen Vaterlandes liegt. (Sehr richtig!)

Diese Maßregeln waren verfehlt, weil sie durchaus ihre Wirkung verfehlt haben und stets bei uns verfehlen werden. Es ist nicht erst seit heute, daß man so gegen die Sozialdemokratie vorgeht. Was hat man denn erreicht? Die Sozialdemokratie ist die stärkste Partei in Deutschland geworden und hat einen Einfluß auf die Gemüter in unserem deutschen Volk, wie er in keinem anderer Staate der Welt besteht. Darüber können wir uns gar keinem Zweifel hingeben, und wenn man nach den freien Staaten hinübersieht, wo man die Sozialdemokratie gleich behandelt wie die übrigen Parteien, wo man sie nicht zu Parias und Bürgern II. Klasse macht, wie es bei uns schon gekommen ist, so muß man sagen, daß sie dort nicht entfernt die Gewalt über die Geister erlangt hat wie bei uns. Es ist ein der menschlichen Natur innewohnender und nicht der schlechteste Zug, daß man dem sich zuwendet, von dem man glaubt, daß ihm Unrecht geschieht, und gerade diesem Moment hat die Sozialdemokratie die Sympathie weiter Kreise zu danken, die ihr sonst, wenn sie nicht in dieser Weise behandelt würde, nie zuteil geworden wäre.

Es ist in diesen Tagen auch von der Schweiz die Rede gewesen. Einer der Herren Minister, ich glaube es war der Herr Minister des Innern, hat darauf hingewiesen, daß sich kürzlich in der Schweiz die bürgerlichen Parteien zu einem Bündnis gegen die Sozialdemokratie zusammengeschlossen hätten. Das war bei den letzten Nationalratswahlen und hatte seine Ursache, in einer momentanen Verärgertheit bei den bürgerlichen Parteien, weil die sozialdemokratischen Führer in einer — das muß auch ich zugeben — ungeschickten und provozierenden Weise die Sache ihrer Partei führten. Deshalb hat man den Sozialdemokraten in der Schweiz eine kleine Lehre erteilen wollen. Das nächste Mal wird man das nicht tun, und dann wird die Sozialdemokratie in einer ihrer Größe entsprechenden Zahl wieder in die gesetzgebenden Körperschaften einziehen. Im Uebrigen kann man gerade die Verhältnisse, die in dieser Beziehung in der Schweiz herrschen, mit den unsrigen nicht vergleichen. Ich war zufällig gerade am 22. Januar in der Schweiz; ich mußte im Oberland eine Wahlversammlung abhalten und bin zu diesem Zwecke über Basel gereist, wo ich Aufenthalt hatte. Es war gerade der Umzug der Sozialdemokratie in Basel: eine Masse von Leuten, die in großer Anzahl mit roten Fahnen mit teilweise sehr scharfen Inschriften durch die Stadt zogen. Was den Eindruck der ganzen Masse anlangt, so waren diese Fahnen das einzige, was daran erinnerte, daß man es mit Sozialdemokraten, mit Revolutionären, zu tun hätte — sonst im Uebrigen sah es ganz „bürgerlich“ aus. Ich bin ziemlich nahe hingegangen und habe mir die Leute betrachtet. Ich stand gerade vor einer Gruppe von Frauen, von denen auch einige beim Zuge Fahnen getragen hatten, und war in der Lage, zu hören, wie zwei dieser Damen sich in ganz harmloser Weise über ihre Toilette und andere Dinge unterhielten: die Sache hatte also einen ganz bürgerlichen Anstrich. (Heiterkeit.) Dann hat allerdings ein Herr eine scharfe Rede gehalten, es war ein polnischer Russe, ein Herr Wassiljew, ein Arbeitersekretär, und dieser empörte sich übermäßig darüber, daß die Regierung des Kantons Basel dem Zuge innerhalb der Stadt Basel eine gewisse Richtung vorgeschrieben hatte. Wer nun weiß, wie die engen Gassen in dem alten Basel beschaffen sind, die den Hauptverkehr von der Rheinbrücke nach dem Marktplatz vermitteln, der wird wohl sagen müssen: es war eine ganz in der Natur der Sache gelegene Vorsichtsmaßregel, welche hier die Baseler Regierung getroffen hatte. Und doch regte sich schon darüber dieser Herr beschwerdeführend auf! Ich habe mir gesagt: du kennst unsere deutschen Verhältnisse offenbar schlecht, sonst würdest du dasjenige besser würdigen, was man dir bietet.

Ich bin überzeugt, wenn man bei uns diese Umzüge gestattet hätte, wenn man bei uns nicht mit diesen furchtbaren Maßregeln dagegen vorgegangen wäre, daß auch bei uns durchaus nichts Gefährliches stattgefunden hätte. Ich sehe nicht ein, weshalb andere Vereine, beispielsweise Kriegervereine, weshalb Religionsgenossenschaften das Recht haben sollen, ihre Umzüge auf der Straße zu halten, Umzüge, durch die unter Umständen der Verkehr in recht erheblicher Weise gestört ist, um so mehr, als namentlich bei jenen Umzügen meistens nicht der nötige Abstand genommen und eingehalten wird, um durchpassieren zu können. Ich sehe nicht ein, warum nicht auch den Sozialdemokraten das Vergnügen dieser Umzüge hier erlaubt sein solle, wenn es jenen andern gestattet ist.

Ich komme dann kurz auf die Dinge, die seinerzeit in Konstanz vorgekommen sind, wo man den beiden ausländischen Parlamentariern, den Herren Adler aus Wien und Greulich aus Zürich verboten hat, bei uns zu sprechen. Ich muß auch sagen, daß ich diese Maßregel für sehr kleinlich finde und ich gebe auch hier der Ansicht Ausdruck, daß, wenn man in Baden immer vollständig so könnte wie man wollte und keine Rücksichten auf Berlin zu nehmen hätte, man diese Maßregeln wohl nicht getroffen hätte. Sie haben auch gar keinen Zweck gehabt. Die Leute sind über die Grenze hinübergegangen und haben in der Schweiz vor denselben Zuhörern dieselbe Rede viel radikaler gehalten, als sie das bei uns in Baden getan hätten. Die ganze Maßregel, die man bei uns getroffen hat, war in ihrer Wirkung eine lächerliche, in nichts verpuffende; und auch da war das Militär aufgeboten, marschbereit und mit scharfen Patronen! Ich möchte der Ansicht zuneigen, der Großh. Regierung wegen, daß wir es hier mehr mit einem Uebereifer der preußischen Offiziere unserer badischen Regimenter zu tun haben, und daß die Großh. Regierung etwas derartiges doch nicht von sich aus tun würde. Mit derartigen Maßregeln erreicht man gerade das Gegenteil von dem, was man erreichen will.

Sehen Sie nach andern Staaten hin, die nicht solche Maßregeln benützen; in Frankreich hat die Sozialdemokratie in der Bevölkerung bei Weitem nicht diejenige Bedeutung wie bei uns; in England ist gegenwärtig ein Sozialist, wenn auch kein Sozialdemokrat, Minister, der Arbeiterführer Burns; in andereren Staaten kann man Aehnliches sehen. Ich erinnere mich, wie ich das erste Mal italienischen Boden betrat, da war das erste, was ich im Wartsaal des Bahnhofs von Desenzano sah, ein kolossales Plakat der sozialdemokratischen Zeitung „Avanti“ und zwar recht schön gemacht, künstlerisch ausgeführt; ich glaube, etwas Derartiges würde in einem deutschen Wartesaal wohl kaum stehen, und dabei hat die Sozialdemokratie bei uns vielleicht zehnmal mehr Stimmen zur Verfügung als sie in Italien hat.

Ich glaube aber auch vom vaterländischen Standpunkte aus ist es unrecht, in dieser Weise gegen eine Partei vorzugehen. Was soll man denn im Ausland über diese Dinge denken? Bedenken Sie doch den Eindruck, den es im Auslande machen muß, wenn man dort sieht, wie man hier gegen die eigenen Mitbürger rüstet. Gerade als ob der Bürgerkrieg losgehen solle Morgen am Tag. Entweder glaubt man das nicht und lacht im Auslande darüber, oder man glaubt es und dann ist es auch nicht geeignet, einen überwältigenden Eindruck von unserer Stärke gerade in kritischen Zeiten hervorzubringen; man würde

sich im Auslande sagen: wenn so viele Millionen deutscher Bürger in dieser Stellung gegenüber der Regierung stehen, daß sie bewacht werden müssen, wie der auswärtige Feind des Reiches, der einbrechen will, so ist das unter Umständen ein Koloß, der auf tönernen Füßen steht, mit dem wir zu tun haben.

Ich sage, diese Auffassung wäre durchaus nicht am Platz, weil die Dinge nicht so gefährlich sind, daß man Anlaß hätte, eine so unheilvolle Nervosität zu bekunden, wie es in höchsten und allerhöchsten Kreisen der Fall ist. Ich bin der Meinung, daß man in manchen Fragen ganz gut mit der Sozialdemokratie zusammengehen und sich mit ihr verständigen kann und daß es notwendig ist, sich mit ihr zu verständigen, wenn auf politischem und auch auf sozialem Gebiete bei uns in Deutschland Fortschritte gemacht werden sollen. Deshalb habe ich die Verständigung mit der Sozialdemokrate bei uns auf das Lebhafteste begrüßt; sie war eine Notwendigkeit wegen der politischen Lage, wie sie sich bei uns entwickelt hat. Es ist das ja von anderer Seite bestritten worden.

Es hat insbesondere der Herr Abg. Zehnter gesagt, es sei garnicht notwendig gewesen, sich mit den Sozialdemokraten zum Schutze gegen die Herrschaft des Zentrums zu verbünden, weil das Zentrum nie an eine solche gedacht habe, da das Zentrum keine Mehrheit im badischen Landtag bekommen könne. Ich glaube, diese Ansicht des Herrn Abg Zehnter ist absolut falsch und ich glaube in der Lage zu sein, ihre Unrichtigkeit darzulegen. Bei der letzten Reichstagswahl hat das Zentrum, um das zahlenmäßig nachzuweisen, in 23 von 73 Landtagswahlkreisen die absolute Mehrheit über alle andern Parteien gehabt, in 13 stand es in der relativen Mehrheit an der Spitze, in einzelnen fehlten ihm noch wenige Stimmen zur absoluten Mehrheit, in ungefähr fünf, sechs ist es so nahe an die relative Mehrheit herangekommen, daß es nur durch hundert oder zweihundert Stimmen von der Zahl der nationalliberalen Stimmen noch entfernt war. Wenn also die andern Parteien die Hände in den Schoß gelegt hätten, was natürlich dem Zentrum sehr lieb und angenehm gewesen wäre, hätte das Zentrum nach menschlicher Voraussicht 36 Mann in den Landtag hineinbekommen, vielleicht in den zweifelhaften Bezirken noch zwei oder drei mehr; zweifellos hätte es mit den Konservativen — die sie unter Umständen, wenn nämlich die andern Parteien sich nicht zusammengeschlossen hätten, in diesen Landtag hereinlanziert hätten — zusammengenommen, eine starke innerlich durch gemeinschaftliche Anschauungen verbundene Mehrheit gebildet: denn auf diesen Gebieten sind die Herren sehr einig, wenn es heißt, rückwärts, rückwärts, Don Rodrigo!

Ich sage also, eine auch innerlich miteinander verbundene Mehrheit hätten Sie (zum Zentrum) in diesem Landtag gehabt. Das wollten wir allerdings nicht und deshalb haben wir zunächst den Block und dann das Bündnis mit den Sozialdemokraten abgeschlossen.

Dieses Bündnis war auch nahegelegt durch das Ergebnis der Hauptwahl. Denn in dieser hat das Zentrum auf den ersten Hieb 28 Mandate errungen und in 20 weiteren stand es in Stichwahl, darunter eine ganze Anzahl sehr aussichtsvoller Stichwahlen, in denen nur wenige Stimmen fehlten, z. B. in dem Bezirk, den jetzt der Herr Kollege Hilbert im Landtag vertritt. Praktische Bedeutung hat das Abkommen mit den Sozialdemokraten in 11 Wahlkreisen gehabt, wenn ich nicht den einen oder anderen übersehen habe, in ihnen lag die Entscheidung zwischen Block und Zentrum in der Hand der Sozialdemokratie. Deshalb hatten wir alle Ursache, mit einer Mehrheit des Zentrums zu rechnen. Ich sage, diese Gefahr war gegeben durch die neue Wahlkreiseinteilung. Und wenn gesagt wird, diese sei so sehr ungünstig für das Zentrum und sei gegen das Zentrum gemacht, so muß ich das absolut bestreiten. Unter der früheren Wahlkreiseinteilung war das Zentrum eine geborene Minderheitspartei, die bei den besten Chancen nicht über 28 oder 29 Abgeordnete bekommen konnte. Das hat sich mit einem Schlag geändert durch die neue Wahlkreiseinteilung. Ich glaube deshalb, mit einer gewissen Berechtigung die Behauptung aufstellen zu können, daß es der Zentrumspartei bei der ganzen Verfassungsrevision im Grunde des Herzens vielleicht mehr um die Aenderung der Wahlkreiseinteilung zu tun war, als um alles andere. Ich werde nachher noch auf diesen Gegenstand mit einigen Worten zurückkommen.

Der Herr Abg. Zehnter hat weiter gesagt, wenn wir eine Zentrumsmehrheit bekommen hätten, so wäre das auch keine Gefahr gewesen für das Land; sie seien ganz „moderne Menschen", die absolut nicht beabsichtigten, irgend etwas wesentliches zu ändern. Er hat sich denn auch mehrfach dahin ausgesprochen, sie seien im großen und ganzen einig mit den anderen Parteien, speziell den Nationalliberalen; es sei da nur die „lumpige" Klosterfrage, die sie trenne. Es stimmt das aber damit nicht überein, daß er seine Rede mit den pathetischen Worten geschlossen hat, der Kampf der Nationalliberalen gegen Religion und Kirche. (Abg. Dr. Binz: Sehr richtig!) Wenn das wirklich der Fall ist und der Herr Abg. Zehnter es im Bewußtsein der Tragweite seiner Aeußerung getan hat, dann kann man nicht sagen, daß nur Detailfragen Sie trennen, sondern dann trennt Sie ein Abgrund voneinander, wie der Herr Minister gesagt hat, daß ihn ein solcher von mir trenne. Ich kann hier dem Abg. Zehnter in keiner Weise beipflichten. Wir können es nicht für wahr halten, daß Sie (zum Zentrum) moderne Menschen seien, von denen dem Staate keine Gefahr drohe.

Ich brauche zum Beweis nur das Wort „Waldmichel" auszusprechen und Sie werden zugeben, daß es Menschen unter Ihnen gibt, die sich nicht einmal die Mühe geben, äußerlich einen modernen Menschen anzuziehen. Die Schulfrage ist insbesondere brennend. Wenn Sie sich als moderne Menschen aufspielen, die für alle Kulturaufgaben Verständnis haben, so weise ich darauf hin, daß neben dem „Waldmichel" das zugkräftigste Agitationsmittel in dem Wahlkampfe, besonders auf dem Lande, die Ausführung war: „Wenn die Liberalen ans Ruder kommen, müssen Eure Kinder mehr lernen, müßt Ihr sie mehr in die Schule schicken und könnt sie nicht mehr so viel zum Arbeiten haben." (Abg. Frühauf: Sehr gut!) (Widerspruch im Zentrum.) Ich bestehe darauf, daß man das auf dem Lande überall behauptet hat. (Unruhe im Zentrum.) (Rufe: Wo ist das vorgekommen?) (Abg. Müller: In Meßkirch.) (Glocke des Präsidenten.)

Abg. **Venedey** (fortfahrend): Es gibt gewisse notorische Tatsachen, die man nicht zu beweisen braucht. Was gerichtskundig ist, braucht man dem Gericht nicht erst zu beweisen. Ich beweise Ihnen auch nicht eine Wahrheit, die Ihre Vorfahren seiner Zeit sehr bestritten haben, und deren Verkündigung dem Verkünder beinahe das Leben gekostet hätte, nämlich die Wahrheit, daß sich die Erde um die Sonne drehe. Eine gleiche Wahrheit ist es, daß in den ländlichen Wahlkreisen mit jener Behauptung gearbeitet wurde.

Uebrigens kann man auch hier im Landtag sehen, was für eine geistige Freiheit die Schule von Ihnen zu erwarten hätte. Ich weise darauf hin, daß sofort bei Beginn des Landtags der Antrag eingebracht wurde auf Abänderung des § 49 unserer Schulordnung. Die neue Fassung dieses Paragraphen der Schulordnung war unseres Erachtens, ich glaube da namens meiner Freunde und der ganzen linken Seite des Hauses zu sprechen,

eine liberale, moderne Errungenschaft, für die wir dem betreffenden Ministerium zu einem gewissen Danke verpflichtet sind. Man hat gebrochen mit dem früheren Gebrauch, daß man die Schulkinder während der knapp bemessenen Unterrichtszeit auch für andere Zwecke verwendet, man hat gebrochen mit der Unterordnung der Lehrer unter die Geistlichen und hat die Lehrer als selbständige, gleichberechtigte Beamte den Geistlichen gegenüber gestellt. Das war sehr wünschenswert. Wenn Sie nun den alten Zustand wieder herbeiführen wollen, so zeigen Sie eben, daß Sie immer noch auf dem Standpunkt stehen, daß die Kirche in der Schule Herr sein soll, daß die Geistlichen über den Lehrern stehen. Diesen Standpunkt müssen wir aber bis aufs Letzte bekämpfen.

Wenn wir weiter bedenken, was wir früher hier wiederholt über die Lehrstühle der Universitäten von Ihnen gehört haben, so macht uns das sehr skeptisch gegenüber Ihrer Behauptung, daß Sie moderne Menschen seien. Sie haben allerdings mehr als einmal ausgesprochen: daß Sie die Lehrfreiheit nicht beschränken wollen, aber es sei ein Unterschied zwischen Wahrheit und Hypothesen, und für letztere gäbe es keine Lehrfreiheit! Jede Wahrheit war doch aber in einem gewissen Zeitpunkt eine Hypothese, auch die Ansicht eines Galilei und eines Kopernikus! Wenn es unmöglich wäre, wissenschaftliche Hypothesen vorzutragen, wenn Sie dem einen Riegel vorschieben würden, so wäre das gleichbedeutend mit der Stagnierung und Versumpfung unseres ganzen wissenschaftlichen Lebens.

Ich sage also, es war durchaus eine Notwendigkeit, daß man sich Ihnen gegenüber zusammengeschlossen hat, nachdem durch die Aenderung der Wahlkreiseinteilung auch eine Aenderung der politischen Machtverhältnisse herbeigeführt worden war. Als eine solche Notwendigkeit hat man es im ganzen Lande empfunden; und es muß wiederholt betont werden, daß das Zusammengehen mit der Sozialdemokratie auf den lautesten und begeistertsten Beifall der badischen liberalen Bevölkerung gestoßen ist, und daß das Abkommen mit einer Akuratesse und Loyalität durchgeführt worden ist, die ihresgleichen sucht. Daran konnte der nachträgliche, sehr unglückliche Artikel in der „Karlsruher Zeitung“ nichts ändern und auch nicht die Rede des Reichskanzlers Fürsten Bülow, die er im preußischen Herrenhaus über diesen Gegenstand gehalten hat, und die auch gerade kein Ruhmestitel für ihn ist. Fürst Bülow hat Wahlbündnisse wie das unserige als „tief bedauerliche Verirrungen“ bezeichnet. Ich muß diese Behauptung des Reichskanzlers mit aller Entschiedenheit zurückweisen; wir brauchen uns eine solche Aeußerung von niemanden, auch nicht vom Reichskanzler sagen zu lassen! Wenn nur der Herr Reichskanzler selber und der von ihm repräsentierte Zickzackkurs nie eine schlimmere Verirrnng begangen hätte, als wir hier in diesen Dingen, so stände es besser um das Deutsche Reich, so wären unsere Zustände nicht so, und man würde nicht überall so vielem Kopfschütteln begegnen wie jetzt.

Ich komme nun noch auf einige Spezialangriffe, die gegen uns gemacht worden sind, zurück, und ich muß mich hier dem Herrn Abg. Zehnter und dem Herrn Minister Dr. Schenkel zuwenden. Von beiden Seiten hat man mit großer Schärfe über das Wahlbündnis gesprochen. Es hat insbesondere der Herr Abg. Zehnter auch von der Person des Landesherrn gesprochen. Er hat davon geredet, daß man früher einmal in irgendwelchen Veröffentlichungen von der ehrwürdigen Person des Landesherrn gesprochen habe, und er hat gesagt, die Rücksicht auf diese ehrwürdige Person des Landesherrn hätte das Wahlbündnis verhindern sollen. Nun, ich weiß nicht, wenn ich mir die Frage vorlegen darf, wer hier mehr im Interesse des Landesherrn gehandelt hat, diejenigen, die gegen ein solches Bündnis waren, oder diejenigen, die es abgeschlossen haben. Ich darf wohl betonen, das Bündnis hat eine Mehrheit des Zentrums und der Konservativen verhindert, und damit hatte das Wahlbündnis den Zweck einer Bewahrung der besten Arbeit, die gerade unter der Herrschaft des „ehrwürdigen Landesherrn“ geleistet worden ist. Und eine unbefangene Geschichtsschreibung, die nicht an äußeren Dingen und momentanen Strömungen hält, wird einmal sagen, daß gerade auf diese Weise es möglich war, das Werk dieses ehrwürdigen Landesherrn zu konservieren und in ungestörter Weise den Nachkommen zu überliefern.

Es sind dann noch spezielle Angriffe gerichtet worden auf einzelne Herren, die mir als persönliche Bekannte im gewissen Sinne nahestanden, insbesondere auch gegen den Oberamtmann von Stockach. Der ist angegriffen worden deshalb, weil er in Volkertshausen mit mir und einem Vertreter der Sozialdemokratie zusammengewirkt habe. Ich bin bei dieser Gelegenheit, nebenbei bemerkt, von der Zentrumspartei, insbesondere vom Abg. Zehnter, als Republikaner bezeichnet worden. Dies ist kein Schimpfwort. Ich halte das durchaus nicht für etwas ehrenrühriges. Es gibt sehr ehrenwerte Republikaner und sehr schlechte Monarchisten, es ist aber sehr bezeichnend: wenn ich jetzt als Republikaner auf jener Seite erscheine, warum haben sich die Herren dann nicht geniert, den Republikaner so und so oft zu wählen? Sie haben mich dann immer auch über den Schellenkönig gelobt und ich bin bescheiden genug, um beinahe schamrot darüber zu werden, wenn man von allen Seiten gelobt wird. Ich will den Herren keinen Vorwurf daraus machen, aber ich möchte betonen, wenn ich ein so gefährlicher Republikaner wäre, so hätten Sie mich nicht so oft in den Landtag hineinwählen sollen. (Zwischenruf Abg. Zehnter: Ich habe gar nicht von Ihnen als Republikaner gesprochen, sondern nur gesagt, es sei zu verwundern, daß Sie eine fulminante Rede gehalten hätten.) Nachdem nun der Herr Abg. Zehnter mit seiner Rede fertig geworden ist, will ich fortfahren. (Lebhafte Heiterkeit.) Ich wollte diesen Gegenstand noch etwas herausheben. Es gibt dafür noch andere Beweise. Sie brauchen nur hinauszugehen in das Lesezimmer und die „Freie Stimme“ zu lesen von Monsignor Weber, der den Republikaner ganz dick und fett aufträgt.

Um wieder darauf zurückzukommen, daß in dieser Versammlung in Volkertshausen auch ein Sozialdemokrat teilgenommen hat, so würde ich das für kein Unglück halten von meinem demokratischen Standpunkt aus, weil ich die Sozialdemokratie als eine gleichberechtigte Partei ansehe. Ich würde es für kein Unglück halten, wenn es sich einmal in kritischen Zeiten darum handelte, die Errungenschaften des Liberalismus zu bewahren, wenn dann ein Oberamtmann eine Versammlung mit den Sozialdemokraten abhielte, und wenn das sogar auf das Programm gesetzt wäre. Ich will aber der historischen Wahrheit zur Ehre verhelfen, indem ich bestätige als Augen- und Ohrenzeuge, daß der Herr Oberamtmann keine Ahnung davon hatte, das der Malermeister Krohn von Konstanz in der Versammlung sprechen werde. Wir kamen teilweise auf telegraphische Requisition, weil das Zentrum in diesem Orte eine fieberhafte Wahltätigkeit dort entwickelt hatte, als ob es gelte, das Palladium der ganzen Herrschaft in Baden hier zu retten Ich kam zuerst hin, und dann kam auch der Oberamtmann Korn dazu Wir begrüßten uns sehr freundschaftlich, es wird ihm das hoffentlich nicht schaden. Er ist übrigens ein alter guter Bekannter von mir, wir haben zusammen beim Militär seinerzeit gedient, und ich weiß auch von dorther, daß er ein braver, gut-

mütiger, ehrlicher Mensch ist, und er hat sich seither zu einem sehr tüchtigen Beamten herausgebildet, von ungeheuerem Fleiß, von großen Kenntnissen, von Liebenswürdigkeit, Gutmütigkeit und Opferfreudigkeit gegenüber der Bevölkerung seines Bezirkes, die ihm die größte Achtung und Sympathie entgegenbringt. Als wir uns begrüßt hatten, kam der Wirt herein und sagte: „Wissen die Herren schon, daß der Malermeister Krohn aus Konstanz in der Versammlung auch sprechen wird?" Es schien mir gleich, als ob dem Oberamtmann dieser Umstand sehr wenig lieb wäre, aber suchte, das sich nicht anmerken zu lassen. Ich muß sagen, diese Angriffe gegen Beamte unter Betonung ihres Beamtencharakters haben einen sehr unangenehmen und keinen feinen Geschmack. Wir haben es auch in anderen Fällen schon erlebt, so in Konstanz und in Meßkirch. Man beabsichtigt vielleicht keine Denunziation, aber es sieht doch einer Denunziation so ähnlich, wie ein Ei dem anderen.

Was den Fall Meßkirch anbelangt, so haben Sie (zum Zentrum) es für sehr wenig „gentlemanlike erachtet, daß der Herr Oberamtmann die Mitteilung des Herrn Stadler der Oeffentlichkeit übergeben hat. Ich kann aber auch das nicht für gentlemanlike halten, wenn ein Mann, der in Vertrauensstellung bei der nationalliberalen Partei sich befindet und sich als solcher feiern läßt bei gewissen Jubiläen, nun eines schönen Tages auftritt als Kandidat der Zentrumspartei, einer Partei, die auf diamentral entgegengesetzten Standpunkt steht. Man sollte es der Bevölkerung wirklich nicht zumuten, solche Kandidaten zu wählen. Der Fall ist aber nicht so vereinzelt. Ich kann auf einen Fall hinweisen, wo man für das Zentrum als Kandidat auftrat, nachdem man zwei Jahre vorher als Nationalliberaler in den Gemeinderat gewählt war. Daß überhaupt viele schwankende unsichere Elemente diesmal zur Zentrumspartei hinübergegangen sind, daraus ist mit Bestimmtheit zu schließen, daß man in weiten Kreisen des Landes mit einer bevorstehenden Zentrumsherrschaft gerechnet hat.

Es gibt viele Leute, die gern bei dem großen Haufen sind In kleine Parteien gehen die Leute deswegen vielfach ungern, weil sie sich sagen: da kann man nichts werden; dies braucht nicht ein schlechtes persönliches Motiv zu sein; es gibt tatkräftige, energische Naturen, die sich gern produktiv betätigen und gern bei einer Partei sind, wo man arbeiten und seine Grundsätze durchdrücken kann. Daß solche unsichere Kantonisten diesmal von den Nationalliberalen weg zum Zentrum hinüber sind und sich hier in der Rolle der Ratten gefallen haben, die das sinkende Schiff verlassen, das beweist mir, daß die Gefahr eine viel nähere für uns war, als vielfach geglaubt wurde. Denn derartige Naturen haben eine sehr feine Witterung für das, was in der Politik vorgeht

Ich habe Sie schon sehr lange in Anspruch genommen und will deshalb rasch dem Schluß zueilen. Ich will nur noch auf zwei Vorwürfe zurückkommen: Es wurde uns vorgeworfen in einem Ton, der doch immerhin ein bischen arg höhnisch, spöttisch und kränkend klang, daß wir dem Zentrum gegenüber in gewissem Sinne undankbar gewesen seien, oder daß wir uns ihm gegenüber nicht so verhielten, wie es nach den früheren Vorkommnissen vielleicht notwendig gewesen sei. Es wurde davon gesprochen, daß wir gute Herberge da genommen hätten. Man hat sich so gewissermaßen in der Rolle des großmütigen Hausbesitzers gefallen, der dem armen Vetter vielleicht eine Schlafstelle anweist. So ist die Sache, wenn man sie bei Licht betrachtet, eigentlich denn doch nicht. Wir waren stets treue und ehrliche Demokraten, das glaube ich für uns in Anspruch nehmen zu können. Wir haben uns nie das mindeste vergeben, auch zu der Zeit nicht, wo wir von Ihnen (zum Zentrum) gewählt wurden. Wir haben in kritischen Situationen auch Ihnen die schärfste Opposition gemacht. Ich kann das, was der Herr Kollege Muser hierüber gestern gesagt hat, vollauf bestätigen. Dagegen habe ich oft den Eindruck gehabt, als ob das Zusammengehen mit der Demokratie sehr viel mehr auf Sie (zum Zentrum) abgefärbt hätte als auf uns, als ob die demokratischen Ideen es sehr viel mehr gewesen seien, die Sie und Ihre Agitation zeitweilig beeinflußten, als daß irgend etwas von Ihrem Geiste auf uns übergegangen wäre. Daß Sie deswegen innerlich Demokraten gewesen seien, das habe ich nun allerdings nicht geglaubt; wenn man es von dem einen oder andern hier in diesem Hause glauben wollte, so mußte das sofort als Aberglaube sich erweisen, wenn der betreffende Herr nach Berlin ging und dort wenigstens kein Wort des Widerspruchs gegen derartige Aktionen erhob, wie die Umsturzvorlage, wo man jede freie Betätigung auf religiösem und philosophischem Gebiete unter Gefängnis- und Geldstrafe stellen wollte. Also über die innerlichen Vorgänge haben wir uns nie getäuscht. Dagegen haben Sie sich genötigt gesehen, ich möchte sagen, dem genius loci Badens einige demokratische, freiheitliche Konzessionen zu machen und teilweise noch viel mehr als kirchenpolitische Dinge demokratische Grundsätze zu betonen, unter sehr schlauer Benützung der Fehler, die der Liberalismus in schlechten Zeiten für unser Land gemacht hat. Also nicht wir haben irgendwie von Ihnen da etwas angenommen oder sind Ihnen zu Dank verpflichtet, sondern es war vielmehr der demokratische Geist des Landes, der sie zu gewissen demokratischen Konzessionen gezwungen hat.

Wie ernst es Ihnen damit war, das hat man bei der Verfassungsreform und bei der Behandlung der Budgetfrage noch im letzten Landtag gesehen. Man spricht ja jetzt sehr wegwerfend über diese Dinge bei Ihnen; es wird jetzt mit höhnischer Betonung von „Volksverrat" gesprochen. Man hört, daß der eine oder andere Redner aus Ihrer Partei bei Wahlversammlungen diese Frage als eine ganz untergeordnete bezeichnet. Der Herr Abg. Zehnter hat auf ihrer Landesversammlung in Offenburg gesagt, wenn ich recht berichtet bin: „Es habe sich da um juristische Finessen usw. gehandelt; es sei eine Nichtsnutzigkeit sondergleichen, daß man der Zentrumspartei wegen dieser ihrer Haltung einen Vorwurf mache." Um was hat es sich denn aber gehandelt? Doch darum, daß die Erste Kammer auf der vollen Gleichstellung in Budgetfragen mit der Zweiten Kammer bestand, und daß Sie (zum Zentrum) in einem gegebenen Moment bereit waren, hier nachzugeben und auf unser ganzes Vorrecht in allen Budget- und Finanzfragen zu verzichten, in eine volle Gleichstellung mit der Ersten Kammer einzuwilligen! Das ist eine historische Tatsache, an der nichts zu ändern ist. Wenn man nun sagt, das sei eine juristische Haarspalterei, die die große Masse der Bevölkerung nicht verstehe, das seien ganz untergeordnete Dinge gegenüber der Forderung des direkten Wahlrechts, so erlaube ich mir doch, dagegen ein anderes Zeugnis anzurufen, das Sie auch als ein unverdächtiges und klassisches ansehen müssen, nämlich das Zeugnis des Herrn Abg. Zehnter, unseres hochverehrten 1. Vizepräsidenten, und eines der bedeutendsten Führer, die Sie hier innerhalb und außerhalb des Hauses haben. Er hat nämlich über diesen Gegenstand in der ersten Lesung eine ganz andere Ansicht ausgesprochen. Er hat in der Sitzung vom 19. Mai 1904, ausweislich des amtlichen Stenogramms, sich ausführlich dahin ausgesprochen (auf Seite 45 des Stenogramms): Es werde hier verlangt eine ganz entschiedene Verschiebung zu Ungunsten der Zweiten Kammer und zugunsten der Ersten Kammer, und auf Seite 46: Es würde in weitgehendstem Maße eine Verlegung des Schwerge-

wichts unserer parlamentarischen Regierungsweise aus der Zweiten in die Erste Kammer stattfinden, wenn der Vorschlag der Regierung Annahme fände. In Verbindung mit der numerischen Verstärkung der Ersten Kammer würde sich ergeben eine „vollständige Umkehrung des politischen Einflußverhältnisses zwischen der Zweiten Kammer und der Ersten Kammer." Er fährt dann wörtlich folgendermaßen weiter: „Wir sind nun durchaus in Uebereinstimmung in der Kommission gewesen, was auch der Herr Berichterstatter, der Herr Abg. Obkircher, ausgesprochen hat, daß der Zweiten Kammer eine derartige Selbstentrechtung nicht zugemutet werden kann. Wir sind aber der weiteren Meinung, daß eine derartige Verschiebung der Dinge zwischen der Ersten und Zweiten Kammer weder im Interesse der Ersten Kammer, noch im Interesse des Staates überhaupt gelegen ist." Er führt dann diesen Gedanken weiter aus: Die Aufgabe der Ersten Kammer sei eine kontrollierende, eine Zusammenfassung von Spezialitäten; er sagt, das Schwergewicht der parlamentarischen Regierungsweise müsse eben bei der Zweiten Kammer bleiben, die die breiten Schichten des Volkes repräsentiere, die die Volkskammer sei, und faßt sich dahin zusammen: es müsse deshalb wesentlich auf dem bisherigen Boden bleiben.

Eine „Selbstentrechtung der Zweiten Kammer" war es also damals, die verlangt wurde, eine „Verschiebung des Schwergewichts unseres parlamentarischen Lebens aus der Zweiten in die Erste Kammer", eine „Schädigung der Staatsinteressen" war es damals nach den Worten des Herrn Abg. Zehnter, und heute ist es eine Bagatelle! Das ist eine sehr „moderne" Auffassung. Im Lande hat man diese Auffassung nicht gehabt, daß es bloß eine nebensächliche juristische Haarspalterei sei. Im Lande hat diese Haltung des Zentrums in dieser wichtigsten Frage, mit der wir uns seit Jahrzehnten befassen, sehr aufklärend gewirkt, und ihr war es auch mitzuverdanken, daß die Wahlen so ausgefallen sind. Wir haben uns allerdings nicht nehmen lassen, diese Dinge in aller Breite darzustellen, um den Leuten, die nicht gleichzeitig die inneren Zusammenhänge sehen können, zu zeigen, wie es im Innern der Partei aussieht und wie man in schweren Stunden einmal über derartige Dinge seine wahre Meinung zum Ausdruck bringt.

Und wenn man sagt, man habe es getan, weil man zu jedem Opfer für das direkte Wahlrecht bereit gewesen wäre, so sage ich: die Opferwilligkeit des Zentrums hatte stets ihr Ende, wo sein eigener Vorteil aufhörte! Der Herr Abg. Zehnter erklärte in der Verfassungskommission und meines Wissens auch in diesem Hohen Hause: wenn anstatt der vorgeschlagenen 70 Wahlkreise nicht noch mindestens drei weitere ländliche Wahlkreise geschaffen würden — in denen Sie Ihr Geschäft in erster Linie machen könnten —, so würden Sie die Verfassungsreform über die Klinge springen lassen. (Abg. Frühauf: Hört, hört!) Sie waren bereit, auf ein Recht des Volkes zugunsten der Ersten Kammer, zugunsten der direkten Wahl zu verzichten, aber Sie waren nicht bereit, auf die Chancen, in zwei oder drei „lumpigen" Wahlkreisen, um die Redewendung des Herrn Kollegen Zehnter zu gebrauchen, zu verzichten! Das badische Volk hat sich diese Dinge gemerkt, und es hat bei den letzten Wahlen bewiesen, daß es nach wie vor ein freiheitlich, ein fortschrittlich gesinntes Volk ist, daß es die alten guten badischen liberalen freiheitlichen Grundsätze, die wir von unseren Vorfahren haben, nicht verloren hat, und daß es uns deshalb hierher gewählt hat. Wir wollen dessen eingedenk bleiben, wir, die auf dieser Seite des Hauses sitzen, daß man freiheitliche und fortschrittliche Arbeit von uns verlangt, und daß wir verpflichtet sind, sie zu leisten! (Beifall.)

Abg. **Lehmann**: (Soz.) Im Laufe dieser Debatte ist meine Partei Objekt der Betrachtung gewesen. Von der einen Seite des Hauses hat man mehrfach darauf hingewiesen, daß wir eigentlich keine bündnisfähige Partei seien, und von der andern Seite wird behauptet, daß wir inzwischen bündnisfähig geworden seien. Was die eine Partei der andern zum Vorwurf gemacht hat, wurde wieder zurückgegeben. Woher kommt das? Daher, weil Ihre Theorie über meine Partei falsch ist, weil Sie in der Praxis mit dieser Theorie fortgesetzt anstoßen und sienicht durchsetzen können. Nach dieser Theorie sind die Anhänger meiner Partei Gottesleugner, die keine Religion haben, und die Religion und die Kirche beseitigen' Leute, die das Eigentum abschaffen wollen, Leute, die die Unsittlichkeit predigen und was derartige Dinge mehr sind. Diese gegen meine Partei angewandte Agitation mag auf die Dauer ihre Wirkung nicht verfehlen. Aber wenn Sie einmal die Hand aufs Herz legen und diese Vorwürfe, die in der Agitation gegen meine Partei erhoben werden, ehrlich prüfen, dann kommen Sie zu dem Resultat, daß sie meist nur aus agitatorischen Gründen in die Welt gesetzt werden. Wenn Sie die Hilfe meiner Partei brauchen, besinnen Sie sich, daß wir eigentlich nicht so oder nicht halb so schlecht sind, als Sie uns zu machen pflegen, und schließen ein Bündnis mit uns ab. Sie haben sich gegenseitig nichts vorzuwerfen, denn das Bündnis, daß die Nationalliberalen mit uns gemacht haben, hat das Zentrum frührer mit uns gemacht. Die Zentrumspartei hat unsere Hilfe sehr gern in Anspruch genommen; wo sie Wahlenthaltung proklamiert hat, wenn wir mit den Nationalliberalen in der Stichwahl standen, haben die Zentrumsarbeiter für den sozialdemokratischen Kandidaten und das Bürgertum meist für den Nationalliberalen gestimmt.

Wenn jetzt behauptet wird, daß die Nationalliberalen erst in letzter Zeit, wo sie unsere Hilfe notwendig brauchten, uns richtiger zu beurteilen gelernt haben, möchte ich bemerken, daß bereits im Jahre 1884, als die Nationalliberalen in Köln mit dem Zentrum zur Stichwahl standen, die Kölnische Zeitung, dieses Weltblatt, zu einer Zeit, wo das Sozialistengesetz in aller Schärfe gegen uns angewandt wurde, darauf hingewiesen hat, wir ständen mit dem Nationalliberalismus in einer ganzen Reihe von Fragen viel näher als dem Zentrum und unser Interesse erheische es eigentlich, und das Interesse der allgemeinen Kulturentwickelung erfordere, daß wir nicht dem Zentrum, sondern dem nationalliberalen Kandidaten zum Siege verhelfen würden. Es wurde auch schon darauf hingewiesen, daß die Zentrumspartei es nicht etwa abgelehnt hat mit uns das gleiche Bündnis einzugehen, sondern daß wir es abgelehnt haben, dem Ansuchen des Zentrums entgegen zu kommen. Natürlich wird man sofort sagen, der betreffende Herr, der zu dem Vorsitzenden unseres Zentralwahlkommités kam und uns ein Bündnis anbot (der übrigens Redakteur einer Ihrer Blätter ist), habe keinen Auftrag gehabt, er kam nicht von dem Zentralkomité sondern von der lokalen Mannheimer Partei. Er hatte auch keinen Auftrag. Darauf geben wir aber nichts; selbstverständlich erteilt man solche Aufträge nicht. Sie hätten aber zugelangt und meine Partei hätte in der Mehrzahl der Wahlkreise, wo sie mit den Nationalliberalen in Stichwahl stand, ein besseres Geschäft gemacht; wir wären auf 14 Sitze gekommen, während es so anzunehmen war, daß wir nur 10 erhielten. Die Zentrumsarbeiter waren aber so freundlich, trotzdem für uns zu stimmen, und es ist bekannt, daß die lokale Zentrumsleitung hier in Karlsruhe mitgeholfen hat. (Zuruf des Abg. Schmidt-Karlsruhe.) Mir steht es nicht zu, Ihnen einen Vorwurf zu machen. Herr Abg. Schmidt, mein Nachbar, mit dem ich sonst

gut auskomme, ist ungehalten, er war es ja nicht, sondern Revisor Trenkle. Wir haben es abgelehnt, weil wir verhindern wollten, daß die Zentrumspartei die absolute Mehrheit erhielt; diese Gefahr stand sehr nahe, wie Sie alle wissen.

Eines will ich noch hervorheben, was der Herr Abg. Wittum von seiner Partei gesagt hat, daß damit der Kampf gegen die Nationalliberalen in aller Schärfe bestehen bleibt und daß wir nicht um einen Fuß breit nach rechts gerückt sind und die Nationalliberalen nicht nach links, und daß selbstverständlich von einer dauernden Verbrüderung gar nicht zu reden ist. Dazu sind die wirtschaftlichen Gegensätze zwischen den Bevölkerungsgruppen, die wir und die Nationalliberalen vertreten, viel zu scharf. Wenn wir heute auf diesem politischen Gebiet ein Bündnis abschließen, würde morgen ein Streik losbrechen und die Fabrikanten die Arbeiter unterdrücken; der wirtschaftliche Kampf würde uns immer auseinanderreißen; das wissen Sie so gut wie wir es wissen. Aber das hat uns nicht gehindert, in einem bestimmten Falle zusammenzugehen, um auf politischem Gebiet, namentlich auf dem Gebiete des Schulwesens, schlimme Dinge zu verhindern.

Wenn die Zentrumspartei sagt, es sei nicht so, sie sei nicht bildungsfeindlich, so spricht doch ihre ganze Vergangenheit dagegen. Ich will die Nationalliberalen nicht in Schutz nehmen; denn, daß wir in Baden so sehr im Rückstande sind mit unserer Volksschule, ist nicht Schuld der Zentrumspartei, sondern der nationalliberalen Partei und es ist erfreulich, daß sie jetzt beginnt, diese alten Sünden wieder einigermaßen gutzumachen. Ich habe Veranlassung genommen, gegenüber dem Zentrum einige Ausführungen nach dieser Richtung hin zu machen, weil von dieser Seite des Hauses meinem Vorreder, dem Herrn Abg. Venedey lebhafter Widerspruch zuteil wurde, als er auf die Bildungsfeindlichkeit des Zentrums hingewiesen hat. Daß Sie die konfessionelle Schule wollen, ist bekannt.

Wenn Sie dieselbe in Baden ablehnen, so lehnen Sie sie wo anders nicht ab. Wir werden ja Gelegenheit haben, bei der Schulfrage noch speziell darauf einzugehen. Auf dem Katholikentag in Straßburg hat man andere Töne angeschlagen, hat man auf die Konfessionsschule hingewiesen unter dem bekannten lebhaften, stürmischen und unaufhörlichen Beifall der Versammlung und daß die Simultanschule beseitigt werden müsse. (Zuruf: Sie wollen die religionslose Schule!) Wir wollen die religionslose Schule, aber damit wollen wir nicht Religionslosigkeit. Unser Ideal würde etwa dem entsprechen, wie es heute in Frankreich ist, daß Sie die Kinder unterrichten können an einem bestimmten Tage, daß ein Tag in der Woche schulfrei ist, wo der Religionsunterricht erteilt wird. Ich möchte wissen, ob Sie nicht da Gelegenheit genug hätten, die Kinder zu unterrichten. Es würde das auch besser sein aus pädagogischen Gründen. Dann wäre auch der Uebelstand, der bei Erteilung des Religionsunterrichtes in der Simultanschule vorhanden ist, daß neue Klassen nach Konfessionen zum Zwecke der Erteilung des Religionsunterrichtes gebildet werden müssen, gehoben. Ich habe schon einmal früher darauf hingewiesen. Damals als in Preußen das Volksschulgesetz eingebracht wurde, im Jahre 1891, da haben die Nationalliberalen in Preußen — das will ich zu ihrer Ehre sagen — mobil gemacht, haben in den Städten Protestversammlungen einberufen, haben Protestresolutionen angenommen im Stadtverordnetenkollegium und haben sie nach Berlin geschickt. Sie wissen, daß der damalige Minister v. Zedlitz über diesen Schulgesetzentwurf gefallen ist, daß die preußische Regierung wegen des lauten öffentlichen Widerspruches im ganzen Land die Vorlage hat zurückziehen müssen. Was sagte nun damals der Herr Peter Reichensperger, den Sie doch jedenfalls anerkennen? Er hat ohne jeden Widerspruch von Ihrer Seite gesprochen. Man hat diese Rede hingenommen, als die Meinung der Zentrumspartei überhaupt. Er meinte: „Nun sagt der § 5 der Vorlage, daß als allgemeine obligatorisch für alle Volksschulen geltende Lehrgegenstände dienen sollen: vaterländische Geschichte, Geographie, Naturkunde, Zeichnen!" und fährt dann fort: „Nun, das sind alles recht schöne Dinge, aber sie sind meiner Ueberzeugung nach nicht bloß ein überflüssiger Luxus, sondern sie tragen die allergrößten Gefahren für die Gesamtheit, für den Staat in ihrem Schooße. Ich frage ganz einfach, ob denn junge Leute, die bis zum vollendeten 14. und 15. Lebensjahre mit allen diesen schönen Dingen traktiert worden sind, mit Zufriedenheit und innerer Befriedigung in den ihnen allein geöffneten Lebensweg eintreten können, als Ackerknechte oder Stallknechte, als Ziegenhirt oder Gänsehirt, als Lehrling und Fabrikarbeiter? Ich frage, ob diese Leute mit Befriedigung, ja ohne Scham und Wut in solche Stellungen eintreten und ob sie sich nicht für viel zu gebildet und zu gut erachten, dergleichen Obliegenheiten auf sich zu nehmen."

Das ist der Standpunkt: Der dümmste Arbeiter ist der beste. Ihre Bildungsfeindlichkeit ist auch ganz erklärlich aus Ihrer ganzen Stellung heraus. Sie dürfen überzeugt sein: wenn etwa auf dem Lande die Volksschulbildung so weit wäre, als sie in den Städten ist, dürften Sie aller Wahrscheinlichkeit nach auch weniger Mandate haben (Sehr richtig!). Sie haben mit einer einzigen Ausnahme in Freiburg nur ländliche Kreise zu vertreten, einen einzigen in der Stadt (Zuruf: Bruchsal!) In Bruchsal zurzeit noch nicht (Heiterkeit), vielleicht wird heute das Los da fallen, dann haben Sie zwei. Aber beweist das etwas? Sie sind eine rein ländliche Partei, sie haben dort die meisten Chancen gewählt zu werden, wo die Volksschule am schlechtesten ist, und aus diesem Grunde müssen Sie gegen die Verbesserung der Volksschule sich wenden. Wenn die Zentrumspartei in Industriegegenden Aufschwung genommen hat, so könnte ich Ihnen Beweise anführen, daß das auf den Zufluß aus ländlichen Bezirken zurückzuführen ist.

Also ich behaupte: daß die Zentrumspartei nicht nur bildungsfeindlich ist, sondern daß es auch mit ihrer Toleranz nicht weit her ist, daß die Toleranz, die gepredigt worden ist in diesen Tagen, da wo sie praktisch werden soll, versagt. Ich will nicht über den Waldmichel reden, das überlasse ich den Herren gegenseitig, die es angeht. Und wenn Sie nun auch dafür gesorgt haben, daß die Konservativen wieder hier eingezogen sind, so ist das nur geschehen, um zu verhindern, daß Nationalliberale in den Landtag kommen. Aber wie Sie sonst gegenüber den Evangelischen stehen und der Toleranz gegenüber, das erhellt aus Ihren Flugschriften. Sie sind ja gewohnt, etwas abzuschütteln, und haben es auch dem Herrn Kollegen Muser gegenüber getan, der mit einer Broschüre aufgewartet hat, die mit bischöflicher Genehmigung gedruckt war, deshalb bin ich genötigt, auch hier gleich meine Quelle anzugeben: es handelt sich um eine Flugschrift Nr. 51/52 „Moderne oder christliche Weltanschauung, ein Wort zur Beleuchtung und Würdigung des Unglaubens", erschienen im Verlag der Germania in Berlin, also einem jedenfalls gutkatholischen Verlag, den Sie nicht abschütteln können. Da wird geredet über die Gewinnung von Evangelischen für die katholische Kirche und es heißt: „Es ist doch keine Schande, einem unverschuldeten Irrtum zu entsagen, im Gegenteil gereicht das dem Menschen zur Ehre. Sage man doch nicht, man dürfe die Ueberzeugung Andersgläubiger nicht verletzen. Es ist das unseres Erachtens nur ein Kunstgriff des Teufels, eine übelangebrachte Artigkeit und Schonung.

Mit solcher Zurückhaltung ist weder der Wahrheit noch dem wahren Heile unserer protestantischen Mitbrüder gedient." Also hier wird der Standpunkt vertreten: man darf sie nicht schonen, man muß sie für die kath. Kirche gewinnen. Daß Sie dann für eine Konfessionsschule eintreten, ist ganz selbstverständlich.

In einer andern Flugschrift desselben Verlags heißt es dann weiter auf Seite 24:

„Den Protestantismus müßt Ihr von ganzen Herzen hassen, verabscheut ihn wie das größte Uebel; für diesen müßt ihr ebensoviel Haß haben, als ihr Liebe besitzen müßt für Euren katholischen Glauben. Aber die Personen müßt und dürft Ihr nicht hassen, denn das verbietet unsere heilige Religion. Den Haß gegen die Personen können wir füglich den Protestanten überlassen, welche sich in Wort und Tat dazu bekennen. Der Katholik soll nichts Anderes hassen, als die Sünde und den Irrtum. Das darf uns aber nicht verhindern, auf unserer Hut zu sein gegen die, welche uns verführen möchten. Diese Leute müssen wir nach Kräften fliehen, keine Unterhaltung mit ihnen führen, kurz, sie mit dem äußeren Abscheu behandeln, wie man Räuber und Mörder behandelt".

Das erklärte Ihre Abschließung.

Dann möchte ich auch behaupten, daß die Erklärungen, die der Herr Abg. Zehnter im vorigen Landtag und jetzt wiederum abgegeben hat, immer im Widerspruch oder doch teilweise im Widerspruch mit den Taten der Partei selber stehen. Ich nehme keinen Augenblick an, daß der Herr Abg. Zehnter etwas beschönigen wolle; ich nehme ohne Weiteres an, daß es seine innerste Ueberzeugung ist; aber die Partei handelt nicht dementsprechend. Ich glaube nicht, mich hier lange mit den Absichten der Zentrumspartei beschäftigen zu sollen. Ich will aber mit einigen Sätzen etwas Bestrittenes behandeln: Ich hatte auch die Ehre, der Verfassungskommission anzugehören und habe keine einzige Sitzung versäumt. Ich kann nur bestätigen, was der Herr Abg. Venedey gesagt hat: daß wir Alle der festen Meinung waren, die Zentrumspartei wolle kein Recht preisgeben. Wir haben aber nachher gehört: daß sie das von vornherein eigentlich schon im Auge gehabt, aber damit zurückgehalten hatte nach einer Erklärung des Herrn Abg. Fehrenbach, um das Zustandekommen des Gesetzes nicht in Frage zu stellen. Auch ich kann bestätigen, daß die Zentrumspartei damals auch bereit war, wegen der Wahlkreiseinteilung eventuell das ganze Gesetz scheitern zu lassen, und wenn sie sich nicht mittlerweile überzeugt hätte, daß diese Wahlkreiseinteilung für sie gar nicht so schlecht war, man weiß nicht, wie sie sich endgültig gestellt haben würde. Ihnen war es darum zu tun, weil Sie wußten, daß Sie mit dieser Wahlrechtsvorlage gut abschneiden würden. Diese Wahlreform, Prinzip ist sie bei Ihnen nicht: In anderen Ländern hat die Zentrumspartei einen anderen Standpunkt eingenommen, namentlich hat sie in Preußen nicht ernsthaft versucht, das Wahlrecht zu ändern, daß es auch der Arbeiterschaft möglich wäre, einige ihrer Vertreter in den Landtag hineinzubekommen.

Ich möchte mich nun zu den Ministerien wenden. Da muß ich gestehen, daß die Herren Minister auf mich den Eindruck gemacht haben, namentlich der Herr Staatsminister, daß er meiner Partei gegenüber im Verhältnis zu der Zeit vor zwei Jahren nervös geworden ist. Denn ich hätte das nicht für möglich gehalten, daß der Herr Staatsminister gestern erklärte: die Ueberwachung der sozialdemokratischen Versammlungen sei notwendig, weil dort zu Ungesetzlichkeiten, strafbaren Handlungen, hat er sogar gesagt, aufgefordert würde. Ich glaube, daß der Herr Staatsminister noch Veranlassung nimmt, diesen scharfen, meine Partei beleidigenden Ausdruck zurückzunehmen und wenigstens eine Erklärung zu geben, daß es nicht so gemeint war, wie es gesprochen wurde. Denn das müssen wir uns doch sehr ernstlich verbitten, daß man sagt, wir forderten zu strafbaren Handlungen auf. Wenn der Herr Staatsminister glaubt, daß nicht schon unser sittliches Empfinden uns davon abhält, dann sollte er doch annehmen, daß wir zu klug sind, zu solchen Handlungen aufzufordern. Die Gesetze sind gegeben, wir halten die Gesetze, so gut wie andere, und wir halten sie, so gut wie jemand anders sie hält. Wir treten nur gegen sie auf, wo sie uns einschränken, wo sie uns für die gedeihliche Weiterentwicklung hinderlich zu sein scheinen. Aber daß wir gegen ein Gesetz zu verstoßen aufforderten, dem sich Alle zu unterwerfen haben, das wird doch eigentlich wohl im Ernste niemand von uns glauben wollen.

Dann hat der Herr Staatsminister noch gemeint: wir forderten indirekt zur Revolution auf. „Indirekt": ich glaube nach juristischen Begriffen ist auch eine indirekte Aufforderung als eine Aufforderung zu betrachten. Wenn die Behauptung wahr wäre, dann zweifle ich gar keinen Augenblick, daß der Herr Staatsminister, der ja gleichzeitig auch dem Justizwesen vorsteht, uns aufs „Bänkle" bringen würde, ja, daß wir längst darauf säßen. Ich weiß auch gar nicht, was das hier in Baden für einen Zweck haben sollte, jetzt eine Revolution zu machen, eine Revolution im Heugabelsinne, wie das wahrscheinlich gemeint ist. Was soll denn eine Revolution in diesem Sinne? Allerdings scheint diese Meinung recht weit verbreitet zu sein, auch der Herr Minister des Innern glaubt, wir wollten eine Revolution im Heugabelsinne.

Als Vertreter der Stadt Mannheim halte ich es für notwendig, einige Worte darüber zu sagen, wie dort die Bevölkerung seitens der Polizei behandelt wird. Wir werden ja beim Etat des Ministeriums des Innern darauf zurückkommen, aber das Eine mag hier schon erwähnt sein, daß das Vorgehen am 21. v. Mts., die damalige Behandlung der Bevölkerung, geradezu lächerlich gewirkt hat; es muß gesagt werden, daß die Polizeibeamten, die dastanden, über dem Uniformsrock einen dicken Ledergurt, einen langen Revolver angeschnallt, und die trotz der Winterkälte die Mäntel zu Hause lassen mußten, um eventuell beim Dreinhauen nicht beengt zu sein — daß diese Beamten, von denen ich mehrere kenne, sich geschämt haben, daß sie zu solchen Dingen benützt wurden. Wir sind mit ungefähr 5000 Menschen — die ausgegebenen Karten weisen die Zahl von 4850 nach — im Nibelungensaal des Rosengartens gewesen und haben diesen besetzt gehabt; tausend oder mehr als tausend sind umgekehrt, sind in andere Lokale gegangen! Diese alle haben sich aber durch nichts stören lassen; allerdings hat es die Neugier erregt, daß eine Anzahl berittener Gendarmen fortgesetzt auf- und abritten.

Und dann schickt man zur Ueberwachung Leute in solche Versammlungen, die ihrer Aufgabe gar nicht gewachsen sind, die, um es offen herauszusagen, noch gar nicht das genügende Alter haben, die infolgedessen auch noch nicht die genügende Erfahrung besitzen können und deren Urteil noch nicht genügend geklärt ist: Leute, die dann, weil sie sich bei einer Redewendung des Redners geärgert haben, einfach die Versammlung auflösen und die 5000 Menschen nach Hause schicken, wie der Lehrer seine Schulklasse nach Hause schickt. Ist das eine Freiheit, ist das Liberalismus, wenn so die Gesetze gehandhabt werden? Wenn die Regierung glaubte, daß der Redner eine Ungesetzlichkeit beging — aber es erfolgte ja keine Anklage, und es wurden schon mehr Versammlungen aufgelöst, wo man sich gehütet hat, eine Anklage zu erheben, weil man bei näherem Zusehen sah, daß das Verfahren sich nicht durchführen lasse, — wenn sie das

glaubte, dann wäre der Redner ihr ja sicher gewesen, sie hätte ihn später anklagen können. Aber die Auflösung dort wirkte provozierend. (Zuruf: Sollte provozieren!)

Die Leute wurden provoziert; ich will nicht die Vermutung aussprechen, als ob das gewünscht worden sei, ich setze alles auf die Kopflosigkeit, die in Mannheim beim Bezirksamt besonders groß zu sein scheint. Aber wenn die Andeutung richtig wäre, von der der Herr Abg. Venedey gesprochen hat, als hätte man provozieren wollen durch das Aufgebot von Militär usw., ja dann, m. H., kann ich Ihnen nur sagen, daß dann falsch gerechnet ist. Die Arbeitermassen, die der Sozialdemokratie angehören, sind durch ihre politische Tätigkeit viel zu sehr geschult. Denken Sie einmal, welch kolossalen Aufschwung unsere gewerkschaftliche Bewegung genommen hat. Die Leute kommen da alle 14 Tage, wenn nicht noch öfters — natürlich nicht alle, aber ein Teil — in Versammlungen zusammen. In der Versammlung wird keine Politik getrieben, abgesehen von der Wirtschaftspolitik. Aber die Leute werden vertraut mit den Fragen des wirtschaftlichen Lebens, sie erhalten eine Schulung. Sie dürfen sicher sein, daß unter den Arbeitern mancher ist — wir haben Ihnen den Beweis geliefert dadurch, daß wir selber hier sind — die mehr geschult sind, als Sie glauben. Diese Leute lassen sich nicht provozieren, sie wissen, daß sie ihrer Sache damit den schlimmsten Dienst geleistet hätten.

Einen weiteren Beweis dafür, wie man uns behandelt — es ist notwendig, daß das gesagt wird, ich nehme aber an, daß hier auch noch eine Erklärung erfolgt — ist die Tatsache, daß man von dem Gesichtspunkt ausgeht, als ob bei dem Arbeiter das Ehrgefühl besonde s schwach ausgeprägt sei. Das ist eine Meinung, die allgemein zu bestehen scheint. Andernfalls wäre es nicht möglich, daß Herr Minister Schenkel, dem man wegen seiner Satyre manches zugute hält, einfach erklärt, wenn ein Arbeiter 17 km weit von einem Gendarm transportiert werde, so sei das ein gemütlicher Spaziergang. Ja, glaubt der Herr Minister, daß das den Leuten nicht an ihre Ehre geht? Ihr Rechtsempfinden ist doch verletzt! Und würde nicht ziemlich allgemein die Meinung bestehen, daß man den Arbeitern alles bieten darf, daß ihr Rechtsempfinden weniger entwickelt ist, dann wäre es nicht möglich, daß man diese Erklärung scherzhaft aufgenommen hat; man würde sie mit Entrüstung aufgenommen haben. Und was soll man sagen zu einem Minister, der den Beamten deshalb nicht aufs Schärfste verurteilt? Er selber würde es nicht gemacht haben, er wird es auch nicht billigen, daß der Gendarm es getan hat; aber er müßte es aufs Schärfste verurteilen. Denn wenn der Gendarm die Rede des Ministers liest, daß das ein schöner Spaziergang war, wird er es das nächste Mal wieder so machen, wie er es diesmal gemacht hat.

Nun zu einem andern Punkt. Wir haben in der Finanzdebatte über Finanzgesichtspunkte gesprochen, über Steuerwesen, über allgemein politische Dinge, über Erscheinungen bei den letzten Landtagswahlen; aber worüber noch nicht gesprochen worden ist, das ist unsere Sozialpolitik. Nun weiß ich wohl, daß in den wenigsten Fällen die badische Regierung hier selbständig vorgehen kann; aber wir haben immer die Reichspolitik in unsere Debatte hineingezogen. Ich will deshalb auch sehr kurz sein, aber ich will doch sagen, daß unsere Sozialpolitik vollständig stockt und daß die Durchführung der sozialpolischen Gesetze auch noch Manches zu wünschen übrig läßt, und daß namentlich die Krankenversicherung, die ja eine Aenderung erfahren soll — Sie wissen, daß wir mit der Beschränkung der Selbstverwaltung nicht einverstanden sind — daß diese Krankenversicherung bis heute noch nicht auf die ländlichen Dienstboten ausgedehnt ist und auf die forstwirtschaftlichen Arbeiter von Reichs wegen, sondern daß nur die Möglichkeit geboten ist, sie durch Landesgesetz anzugliedern. Das ist ein Stück- und Flickwerk, und die Reform muß durch Reichsgesetz durchgeführt werden.

Ueberall wird geklagt über allzu starke Belastung der Invalidenversicherung, und man spricht von einem Defizit, das aller Wahrscheinlichkeit nach naht, sodaß die Beiträge erhöht werden müssen. Das kommt daher, daß die Dienstboten nicht versichert sind oder wenigstens nur in einigen kleinen Bundesstaaten. Ich meine, bei der Revision des Gesetzes wäre erforderlich, das gesamte Versicherungswesen einheitlich zu gestalten, die drei Versicherungsarten in einem Gesetz zusammen zu bringen zur Erleichterung der Verwaltung, und ich meine, daß die badische Regierung in der Richtung wirken könnte im Bundesrat, daß das, was jetzt nur in einzelnen Bundesstaaten durchgeführt ist, durch allgemeines Reichsgesetz auf das ganze Reich ausgedehnt würde.

Dann haben wir weiter in Baden vor zwei Jahren allgemein dahin Wünsche geäußert, es liegen unsererseits auch wieder Anträge vor, daß man zu den Schwurgerichten auch Arbeiter zuziehen möchte, und es sind auch Wünsche dahin ausgesprochen worden, daß nicht nur die Reisekosten den betr. Arbeitern vergütet werden, sondern daß sie neben den Reisekosten auch einen Ersatz für den Ausfall an Arbeitsverdienst erhalten. Das ist erstes Erfordernis, um die Beteiligung der Arbeiter beim Schwurgericht durchführen zu können.

Dann haben wir in Baden eine Gesindeordnung, die nicht viel besser ist als die preußische. Sie mag etwas besser sein, weil der Herrschaft in Preußen das Züchtigungsrecht in einem gewissen Umfang zusteht, in Baden aber nicht. Aber die ganze Gesindeordnung paßt nicht in unsere Zeit hinein. Da hat die Regierung noch nichts getan; das ländliche Gesinde wird anders behandelt als das städtische. Ich glaube, daß auch da die badische Regierung dazu fortschreiten sollte, die alten Bestimmungen der Gesindeordnung zu beseitigen, am besten sie ganz aufzuheben und das Gesinde unter die Gewerbeordnung zu stellen wie die Arbeiter.

Bezüglich der Durchführung der sozialpolitischen Gesetzgebung glaube ich, nur sagen zu können, daß wir in Baden da immer noch hinten an stehen. Wir haben eine Fabrikinspektion, aber die Zahl ihrer Beamten ist im Verhältnis geringer als in Preußen und Sachsen.

Vor zwei Jahren hat der Herr Minister gemeint, es seien in Baden die Fabrikanten von selbst schon darauf bedacht, alle Bestimmungen auszuführen, und es sei deshalb nicht notwendig, daß hier so viel revidiert würde wie in anderen Bundesstaaten. Unsere Fabrikanten sind nicht besser und natürlich auch nicht schlechter als andere, und was der Herr Minister Schenkel hier ohne Beweis seinerzeit behauptet hat, werden die Minister anderer Bundesstaaten auch von den Fabrikanten ihres Landes behaupten können. Wäre diese Begründung richtig, so könnte man ganz davon absehen, die revidieren zu lassen, von denen man annimmt, daß sie ganz von selbst alle Bestimmungen durchführen. Also wir müssen darauf dringen, daß bei unserer bad. Fabrikinspektion, die einen guten Namen hatte und noch hat und ich will hoffen, daß sie einen guten Namen auch behält, mehr Beamte angestellt werden.

Zum Schluß möchte ich noch mit einigen Sätzen auf die Fragen der Finanzreform zu sprechen kommen, insbesondere über die Frage der Aufbringung der Mittel hier in Baden selbst. Der Herr Finanzminister hat

gestern zwei große Reden gehalten, und er hat sich sehr scharf ausgesprochen gegen meinen Parteifreund Kolb. Er hat ihm vor allen Dingen zum Vorwurf gemacht, daß er die Regelung des Budgets als nicht korrekt, als nicht den Tatsachen entsprechend bezeichnet hat. Er hat gemeint, daß der Herr Abg. Kolb es ihm doch einmal vormachen sollte, daß die Rechnungsergebnisse mit dem Voranschlag übereinstimmen, und dies sei selbst dort, wo meine Partei Einfluß habe, wie in Frankreich, auch nicht der Fall. Aber, das heißt denn doch neben die Sache reden, und die Sache nicht treffen. Der Herr Abg. Kolb hatte gemeint, daß erfahrungsgemäß fortgesetzt auch in Zeiten wirtschaftlicher Depression die Rechnungsabschlüsse andere sind als der Voranschlag, und daß man daraus nun die Lehre und den Schluß ziehen solle, daß man in Zukunft die Einnahmen höher einstellt, zumal da wir jetzt in einer besseren Konjunktur leben. Mein Parteigenosse hat die Vermutung ausgesprochen, daß die Einnahmen so niedrig eingestellt sind, um sich an den Forderungen der Arbeiter der Eisenbahnbeamten usw. vorbeidrücken zu können, indem man sagt ‚jetzt haben wir kein Geld. Der Finanzminister hat nie Geld. Es gehört mit zur Tradition der Finanzminister, sich arm zu stellen. Den Daumen auf den Beutel zu halten mag im allgemeinen vielleicht ganz gut sein, aber man soll das nicht tun gegenüber den unbedingt notwendigen Aufgaben. Unsere Arbeiter sind zu schlecht bezahlt, aber das Geld ist da.

Dann hatte im Verlaufe der Finanzdebatte die Frage der Aufbringung der Mittel eine außerordentlich große Rolle gespielt. Der Herr Finanzminister ist überzeugt davon, daß sie durch Steuern nicht aufgebracht werden können, weil die Belastung eine zu starke sein würde. Er hat uns eine Rechnung vorgelegt, wie wenig eigentlich die Arbeiter aufbringen, und er ist sogar zu der Ueberzeugung gekommen, daß die Arbeiter die indirekten Steuern mit Ausnahme der Biersteuer auch nicht aufbringen. Im Gegenteil! Die indirekten Steuern werden immer von der großen Arbeiterschaft aufgebracht. Die Fleischsteuer ist deshalb besonders verwerflich, weil sie als Kopfsteuer wirkt. Nur davon hat der Finanzminister nicht gesprochen, daß natürlich die Familie fünfmal oder viermal mehr belastet wird als der Junggeselle. Darüber brauchen wir uns doch kaum mehr zu unterhalten. Indirekte Steuern werden direkt aufgebracht von der Masse des Volkes. Es ist keine Gefahr vorhanden, daß unsere Kapitalisten vielleicht auswandern; nein, sie wandern nicht aus! Wenn wir eine reine Einkommensteuer haben, was wir fordern, so gehen sie trotzdem keinen Schritt aus Deutschland heraus. Ich will diese Fragen nur anschneiden, ohne sie weiter auszuführen. Das sind Schreckschüsse und nichts weiter. Der Finanzminister sagt ja, die Biersteuer bringen allerdings die Arbeiter auf, aber die wird gern getragen. Diese Auffassung ist durchaus nicht zutreffend; das würde wohl die erste Steuer sein, die gern getragen wird. Sie dürfen nur den Herrn Abg. Franz fragen, wie wenig gern diese Steuer von Arbeitern und Brauereibesitzern getragen wird. Ich will auch darauf nicht weiter eingehen, sondern auf die Frage der Schulden kommen.

Der Herr Finanzminister hat eine Rede gehalten, mit der ich im allgemeinen einverstanden bin; er hat ausgeführt, wie nachteilig das Schuldenmachen ist. Ich will ihm im einzelnen gar nicht einmal folgen, aber ich bedaure nur das eine, daß er diese Rede nicht eben in Berlin im Bundesrat gehalten hat. Die Schuldenwirtschaft im Reich steht diametral gegenüber der Finanzwirtschaft, wie sie der Herr Finanzminister vorgetragen hat. Es ist nie etwas davon bekannt geworden, daß die badische Regierung auch nur den Versuch gemacht hätte, dieser Wirtschaft im Reiche entgegenzutreten. Diese Schulden im Reich sind gemacht worden, nicht wie indirekt gesagt worden ist, um Kulturaufgaben zu erfüllen, sondern das Geld ist ins Wasser geworfen, und verwendet worden für Heer und Marine und für Kolonialpolitik.

In der Frage der Aufbringung der Mittel stehe ich auf dem Standpunkt, daß die Aufbringung durch Steuern das bessere ist. Das ist ein Standpunkt der allgemein eingenommen wird. Die Mittel müssen aufgebracht werden unter allen Umständen. Was mein Parteifreund Kolb hat sagen wollen, war, daß unsere Kulturaufgaben leiden. Wir kommen in Deutschland nicht vom Fleck durch die Engherzigkeit der Finanzverwaltung. Weil wir wissen, daß weder die Regierung, noch die Landstäne eine hohe Progression der Steuer einführen werden, um die Kulturaufgaben durchzuführen, empfiehlt es sich vielleicht, wenigstens vom Standpunkt, der von den Nationalliberalen und dem Zentrum häufig vertreten wurde, zu einer Staatsanleihe zu kommen. Beide Parteien haben von ihrem Standpunkt aus gar keinen Grund, die Forderungen, die an die Kammer gestellt werden, abzulehnen mit der Begründung: Ja, wir haben gar keine Mittel dazu. Sie haben Mittel, wenn Sie sie anwenden wollen.

Damit ich aber bezüglich meiner Stellung zu den Staatsschulden nicht mißverstanden werde mitsamt meiner Partei, will ich erklären, daß wir unter allen Umständen für die Aufbringung der Mittel die Steuern vorziehen, schon aus dem Grunde, weil ja dann auf diese Weise die Zinsen und vor allen Dingen aber die Schuldenverwaltung gespart wird. Um das zu erläutern ein Beispiel! Nehmen wir einmal an, daß alle Steuerzahler Staatsgläubiger wären, daß wir also alle beteiligt wären an einer Staatsanleihe, dann erhielten wir, wenn das Jahr herum ist, unsere Zinsen ausbezahlt. Wenn wir nun gleichmäßig beteiligt wären, dann würde auch gleichmäßig der Zins erhoben durch die Steuern. Wir würden also genau so viel an Steuern zu zahlen haben, als wir Zinsen erhalten. Es würde unter diesen Umständen, das ist nicht von mir, sondern von anderen Leuten schon gesagt worden, natürlich sich vollständig erübrigen, daß man die Steuern erhebt und sie wieder zurückzahlt. Da haben Sie den Beweis dafür, daß, wenn die Sache so läge, es widersinnig wäre, Schulden zu machen, daß es viel einfacher wäre, einfach durch Steuern diejenigen Mittel aufzubringen, die erforderlich sind. Das Geld für unsere Kulturaufgaben, die wir durchzuführen haben, können wir aufbringen durch allgemeine Mittel.

Ich muß noch einmal auf die Stellung meiner Partei im vorigen Landtag zur Verfassungsfrage zurückkommen. Der Herr Abg. Fehrenbach hat die Stellung seiner Partei damit begründet, daß ja auch die Sozialdemokraten dazu bereit gewesen wären, der Ersten Kammer ein gleiches Budgetrecht zu bewilligen. Es ist das ein Irrtum von dem Herrn Abg. Fehrenbach. Seine Behauptung stützt sich auf eine Redewendung, die der Herr Abg. Eichhorn auf dem sozialdemokratischen Parteitag in Offenburg vor 2 Jahren gemacht hat. Diese Redewendung war enthalten in einem Zentrumsblatt und einem demokratischen Blatt, und im offiziellen Bericht war sie nicht enthalten. Es war eine mißverständliche Aeußerung, die falsch aufgefaßt war. Der Herr Abg. Eichhorn hat keinen Anstand genommen, sie in aller Deutlichkeit, in aller Form auch in der Presse dahin richtig zu stellen, daß es ihm gar nicht eingefallen ist, der Ersten Kammer eventuell ein gleiches Budgetrecht wie der Zweiten Kammer zu gewähren. Ich meine eine solche runde Erklärung muß gelten, da darf man nachher nicht kommen, — dem Herrn Abg. Fehrenbach mag das entfallen sein — und sagen: Ja, die Sozialdemokraten waren ebenfalls für ein volles Budgetrecht, für den Volksverrat, der dem Zentrum vorgeworfen

wird. Ich glaube es ja, die Herren vom Zentrum hätten gern einen Mitschuldigen in der Frage. Aber es ist nun doch eben kein Mitschuldiger da, und sie werden sich darauf beschränken müssen.

Zum Schlusse noch eine Anfrage. Ich möchte den zuständigen Herrn Minister bitten, uns Auskunft über die Frage zu erteilen, welche Maßnahmen etwa die badische Regierung gegenüber der Sozialdemokratie zu treffen gedenkt, im Falle ein Krieg ausbricht? (Heiterkeit.) Es ist bekannt geworden, daß in Elsaß-Lothringen eine Verordnung besteht, wonach im Mobilmachungsplan bereits Angaben dafür enthalten sind, daß Sozialdemokraten — es sind bestimmte Personen bezeichnet — im Falle einer Mobilisierung sofort zu verhaften und zu internieren sind. Die Sache klingt ja — der Herr Minister lacht darüber — auch ein wenig schauerlich; aber ich weiß nicht, ob das, was auf dem linken Rheinufer möglich ist, nicht auch auf dem rechten Rheinufer möglich sein sollte. So gut wie drüben in Straßburg bestimmte Sozialdemokraten sofort inhaftiert werden, sobald etwa eine Mobilmachung kommt, so gut könnte man auch in Karlsruhe dazu kommen. Das ist allerdings vollständig verfassungswidrig. Der Herr Minister wird wahrscheinlich sagen, daß er davon keine Kenntnis hat, wie das ja ganz erklärlich und wahrscheinlich ist. Dieser Erklärung werden wir hoffentlich dann einen größeren Wert beimessen können, als einer anderen Erklärung, die auch auf militärischem Gebiete lag, die er einmal vor zwei Jahren hier abgegeben hat. Also die Sache ist für uns durchaus nicht nebensächlich. Wir nehmen ja nicht an, daß es zu einem Kriege kommt, trotz der unglücklichen Wendung, die manchmal unsere Reichspolitik genommen hat. Aber diese Verfügung allein, sie mag von militärischer Seite oder sonst woher gekommen sein, beweist, in welcher kritischen Situation wir uns befinden. Man setzt da voraus, daß es sich hier um Leute handelt, die eventuell bereit wären, dem Feinde Dienste zu leisten. Der Einwand: ja, es handelt sich natürlich nur um Elsaß-Lothringen, weil ja dort noch immer die Neigung für Frankreich besteht, was übrigens wohl auch nicht einmal zutreffend ist — dieser Einwand kann um deswillen auch nicht gelten, weil unter den bestimmt bezeichneten Personen, die sofort zu inhaftieren sind, sich auch Reichsdeutsche befinden aus Altdeutschland. Ich weiß nicht, ob auch Badener darunter sind. Ein Beweis übrigens ist das, eine wie grundfalsche Auffassung die Regierung von der sozialdemokratischen Bewegung hat.

Ein paar Worte nur über unsere Stellung zur Nation! Daß man etwa sagt: wir sind vaterlandslos, kommt daher, weil wir erklären, daß unser Interesse, das Interesse des deutschen Arbeiters und das Interesse des englischen Arbeiters enger mit einander verknüpft sind als das Interesse des deutschen Fabrikanten und des deutschen Arbeiters. Das gebe ich ja zu, daß man sagen kann: die letzteren haben eine ganze Menge gemeinsamer Interessen. Unternehmer und Arbeiter haben das gleichgroße Interesse daran, daß keine Feuersbrunst ausbricht, daß kein Sturmwind kommt und alles wegfegt. Derartige allgemeine Interessen gibt es ganz sicherlich, und zu diesen allgemeinen Interessen gehört auch vor allen Dingen die Pflege des Deutschtums. Warum sollte der deutsche Arbeiter nicht deutsch denken und deutsch fühlen, er, der nur mit wenigen Ausnahmen nur die eine Sprache spricht und infolge der schlechten Schule auch die nur mangelhaft beherrscht, warum sollte er dazu kommen, nicht deutsch zu denken und zu fühlen? Nein, wenn wir sagen, der englische Arbeiter steht uns nicht politisch näher als der deutsche Arbeiter, sprechen wir die Wahrheit aus; so ist es auch bei den Fabrikanten, nur daß diese es aussprechen durch ihre Presse. Wenn in Deutschland die Verhältnisse für die Fabrikanten schlechter werden, dann verlassen sie Deutschland; sie drohen auch häufig damit. Ich meine der Verkehr ist nun einmal international geworden; die deutschen Unternehmer besinnen sich keinen Augenblick, Arbeiter aus dem Auslande herbeizuziehen; und wenn wir nur vom wirtschaftspolitischen Standpunkt die Dinge betrachten, so waren die ausländischen Arbeiter notwendig, um die wirtschaftlichen Kämpfe durchzuführen, aber das hat mit der Stellung zum Vaterlande nicht das Geringste zu tun. Wenn Sie die Vaterlandsfreudigkeit der Arbeiter stärken wollen, so sorgen Sie dafür, daß die Zustände in Deutschland so sind, daß es sich lohnt, diese Einrichtung zu verteidigen. Je mehr Freiheit und Wohlstand wir in Deutschland haben, je mehr die Arbeiter sich frei bewegen können, je mehr sie als gleichberechtigt betrachtet und behandelt werden, um so mehr werden sie am Vaterlande hängen. Die herrschende Klasse hat es in der Hand, die Dinge so zu gestalten, daß die sozialdemokratische Arbeiterschaft zufrieden ist. Daß wir neue wirtschaftliche Zustände anstreben, daß die Sozialdemokratie sich an Stelle des Liberalismus setzen will, wissen Sie. Wir meinen, daß dos ein Kulturfortschritt wäre, wofür wir kämpfen, und wenn Sie diesen Entwickelungsgang aufhalten wollen, leisten Sie unserer Kulturentwickelung einen schlechten Dienst, und spätere Geschichtsschreiber werden die Kapitalistenklasse in Deutschland und in andern Kulturstaaten nicht verstehen. Sie werden einmal von der Geschichte nicht so beurteilt werden, wie Sie es jetzt wünschen.

Minister Dr. **Schenkel**: Zu meinem großen Bedauern bin ich genötigt, namens der Großh. Regierung in bezug auf einige Ausführungen, die im Verlaufe dieser Debatte zwar nicht über die Finanzen, wohl aber über eine Anzahl Angelegenheiten der inneren und äußeren Verwaltung gemacht worden sind, einige berichtende Worte zu sprechen:

Was zunächst die auswärtigen Angelegenheiten angeht so hat Herr Abg. Venedey gesagt, es sei durchaus berechtigt, wenn der Staatsbürger auch über die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten eine Kritik ausübe und er hat angeführt, daß eine solche Kritik durchaus angebracht sei; es gehe nämlich aus einer Anzahl neuerdings gehaltenen Reden, wobei er die des Reichstagspräsidenten Grafen v. Ballestrem hervorhob, hervor, daß da und dort das Bestreben nach einer kriegerischen Machtentfaltung in der Zentrale unserer auswärtigen Politik bestehe. Herr Abg. Venedey hat zur näheren Erläuterung beigefügt, man könnte nicht mit Unrecht sagen, daß seit einiger Zeit das deutsche Reich, was sein Verhältnis zu andern Staaten anbetrifft, dieselbe Rolle zu spielen suche, wie Frankreich im europäischen Völkerkonzert unter Napoleon III. Nun stelle ich es Ihrem Urteil anheim, inwieweit diese Kritik an der Leitung unserer auswärtigen Angelegenheit berechtigt ist. Ich will nur auf Eines aufmerksam machen. Bei der Beurteilung, wie die Angelegenheiten des Reichs nach außen hin gegenüber andern Staaten geleitet werden, darf man doch nicht auf Reden sehen, am allerwenigsten auf eine in der Feststimmung von einer an der Leitung dieser Dinge nicht beteiligten Persönlichkeit gehaltene. Vielmehr muß man, wenn man ein Urteil abgeben will, auf die Taten sehen; und ich glaube, wenn man so verfährt, ist der Vergleich, den der Abg. Venedey zwischen der jetzigen Leitung der auswärtigen Angelegenheiten und der Leitung Frankreichs unter Napoleon III. gezogen hat, außerordentlich unglücklich und unzutreffend. Wie sind denn die Taten? Seit dem Jahre 1871 ist es dem deutschen Reiche, seinen Kaisern und seinen Reichskanzlern gelungen, den Frieden in Europa aufrecht zu erhalten; dies ist ihnen gelungen, ohne der Würde des deutschen

Reiches gegenüber den fremden Staaten irgend etwas zu vergeben; und gleichzeitig ist es ihnen gelungen, die Reichsflagge in vielen fremden Weltteilen, in unsern Kolonien und Schutzgebieten aufzupflanzen. Diese fünfunddreißig Jahre waren eine Epoche nicht blos friedlicher Entwicklung, sondern auch großer wirtschaftlicher Blüte und wir haben sie vor allem der Umsicht und Vorsicht der sich der Interessen des Vaterlands stets bewußten Politik der deutschen Reichsleitung zu verdanken. Ich will keineswegs behaupten, man dürfe die Handlungen einer Regierung, soweit die auswärtigen Angelegenheiten in Frage kommen, einer Kritik nicht unterwerfen. Aber wo es sich um die Verhältnisse des eigenen Staates und der eigenen Regierung gegenüber auswärtigen Staaten und auswärtigen Regierungen handelt, sollte man, auch wo man glaubt Mängel zu bemerken, immer so verfahren, wie man verfährt, wenn man die Schwächen der eigenen Eltern bemerkt, nämlich mit Takt und Zartheit. Jedermann wird zugeben, daß aber dieser Takt und diese Zartheit von den Blättern der sozialdemokratischen Partei nicht gewahrt werden, wenn sie die Finger auf die Schwächen legen, welche sie in der auswärtigen Politik des Reichs wahrzunehmen glauben, wenn sie die auswärtigen Staaten mit der Aufforderung, solche Schwächen in Betracht zu ziehen, darauf aufmerksam machen.

Nun hat im Zusammenhang mit dieser Kritik der auswärtigen Angelegenheiten Herr Abg. Venedey auch das sogenannte Konstanzer Redeverbot behandelt, d. i. die Verfügung des Ministeriums des Innern, wodurch im vorigen Jahre einigen ausländischen sozialdemokratischen Führern verboten worden ist, bei einer großen sozialdemokratischen Versammlung, zu der sich die Anhänger der Sozialdemokratie aus Oesterreich, Italien und der Schweiz in Konstanz zusammenfanden, Reden zu halten. Er hat dieses Verbot als außerordentlich unnötig, ja sogar, wenn ich ihn recht verstanden habe, als gesetzlich unbegründet bezeichnet. Nun ist auch das eine Eigentümlichkeit der Sozialdemokratie, daß es ihre Führer und Anhänger für angezeigt erachten, wenn sie über politische Angelegenheiten verhandeln und namentlich wenn sie Schritte und Maßregeln der eigenen Regierung einer Kritik unterziehen wollen, sich mit Angehörigen ihrer Partei aus anderen Staaten zusammenzutun, um gemeinsam in großen Volksversammlungen über ihre Regierungen herzufallen. Das tut keine andere Partei. Allerdings versammeln sich auch die andern Parteien in großen Versammlungen, um die Regierung zu kritisieren; aber sie vermeiden es mit einem gesunden Takt und einer wohlüberlegten Zurückhaltung, über die vermeintlichen Schwächen und Blösen ihrer eigenen Regierung zusammen mit den Angehörigen der gleichen Partei eines andern Staatswesens, und zwar von drei andern, öffentlich Verhandlung zu pflegen. Ein solches Verfahren wird sonst allerseits weder als dem guten Geschmack, noch dem vaterländischen Gefühl entsprechend erachtet. In Konstanz kamen nun, man kann sagen, die vier Diktatoren der sozialdemokratischen Partei aus Deutschland, der Schweiz, Oesterreich und Italien zusammen. Es war eine Zeit, wo in Europa die Atmosphäre für auswärtige Angelegenheit elektrisch geladen und gewitterisch gespannt war. Man empfand dies damals allerdings noch nicht so allgemein in den breiten Schichten des Volkes; desto besser konnte man die elektrische Spannung von der Warte oben beurteilen. Da man dort weiterhin auch wußte, daß es bei derartigen sozialdemokratischen Versammlungen von Angehörigen der Sozialdemokratie aus vier europäischen Staatswesen kaum werde vermieden werden können, daß die gegenwärtigen Beziehungen dieser Staaten und ihrer Regierungen zu einander zum Gegenstand aufreizender Verhandlungen und Erörterungen gemacht würden, so hat der Herr Reichskanzler damals das Jaurès'sche Redeverbot ergehen lassen und hat sich bald darauf auch, was ich gar nicht irgendwie beabreden will, an die badische Regierung mit der Anregung gewendet, ob nicht auch die Konstanzer Versammlung der auswärtigen Sozialdemokratie zu verbieten oder wenigstens gegen die ausländischen Besucher ein Redeverbot zu erlassen sei. Wenn der deutsche Reichskanzler in einer derartigen, die nationalen Interessen tief berührenden Frage an uns kommt, — der deutsche Reichskanzler, der doch wahrhaftig den Zustand der politischen Dinge Deutschlands nach außen hin kennen muß, besser als die Herren Bebel und Greulich und Adler und wie sie alle heißen, — wenn der Reichskanzler sich an die badische Regierung wendet und nicht unter Anwendung von „Furcht und Gewalt" (Heiterkeit), sondern mit bundesfreundlicher Anregung zur Erwägung gibt, ob nicht diesen Herren das Reden zu untersagen sei, damit das Reich und seine auswärtigen Beziehungen nicht gefährdet würden, — dann war es nur eine gern erfüllte Pflicht der badischen Regierung, die sich immer der nationalen Aufgaben bewußt war und in auswärtigen Angelegenheiten stets in Einklang mit der Reichsleitung geht, wohl das Reden auswärtiger Führer der Sozialdemokratie in Konstanz zu untersagen. (Zuruf: Es hat ja doch stattgefunden.) Und sie hatte hierzu auch ein Recht mit Rücksicht auf die nach Sachlage zu besorgenden Gefährdungen für den Staat und die öffentliche Sicherheit.

Nun wird weiter gesagt, und hier gehen wir zu den Angelegenheiten der inneren Verwaltung über, es sei bei einigen sonstigen sozialdemokratischen Versammlungen ein übermäßiges Polizeiaufgebot veranlaßt und es sei dabei auch Militär in einer Weise aufgeboten worden, die geradezu Schrecken unter der Bevölkerung verbreiten müsse. Es waren übrigens verhälnismäßig wenige Volksversammlungen, bei denen es sich um eine Ueberwachung handelte, nur solche Volksversammlungen, wo tausende von Personen, in Konstanz 15 000, in Mannheim 5000, zusammenkamen. Nach Lage der Sache war hier ein Polizeiaufgebot nötig; auch war überall das Polizeiaufgebot den Verhältnissen entsprechend und gar nicht übermäßig. Die Polizeimannschaften haben sich bei jenen Versammlungen gar nicht in den Vordergrund gedrängt, der größte Teil der Polizeimannschaften stand in Reserve. Es ist richtig, daß es an einem Sonntag war, und es war schmerzlich, daß die Mannschaften dadurch einen Teil der freien Dienststunden einbüßen mußten. Daran sind Sie aber Schuld (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten), indem Sie derartige Versammlungen auf den Sonntag einberufen haben. Es ist übrigens, soviel mir bekannt, tunlichst dafür gesorgt worden, daß dem Personal die freien Stunden, die eingebüßt worden sind, an den Werktagen wieder ersetzt wurden.

Was nun endlich das behauptete Aufgebot von Militär anbetrifft, so besteht zwischen der Großh. badischen und der Königl. preußischen Regierung eine Vereinbarung darüber, in welchen Fällen es dem Militär zukomme, gegenüber Aufständen oder Tumulten bewaffnet einzuschreiten. Abgesehen von Fällen, wo das Militär selbst angegriffen wird, gilt der Grundsatz, daß gegenüber solchen gewaltsamen Ausbrüchen das Militär nur dann einschreitet, wenn eine Requisition seitens der Zivilbehörde erfolgt. Zu einer derartigen Requisition lag in allen diesen Fällen keine Veranlassung vor. Nach Lage der Verhältnisse hatte das Ministerium sowohl bei der Versammlung in Konstanz als auch bei der vom 21. Januar keine Veranlassung, sich überhaupt mit der militärischen Kommandobehörde darüber ins Benehmen zu setzen, was seitens der militärischen Gewalt vorkommenden Falls zu geschehen hätte. Ob und was die militärischen Stellen

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

an jenen Tagen von sich aus getan, weiß ich nicht; ich habe von militärischen Vorkehrungen nichts gesehen. Ich bin aber versichert, das Militär war beceit. Das ist unser Heer überhaupt; und wenn innere Feinde kommen sollten in unserem Lande — jedenfalls liegt für solche inneren Feinde zu einem gewaltsamen Auftreten kein Anlaß vor, — so würde, dessen bin ich versichert, das Militär seine Pflicht mit Ernst und mit der erforderlichen Umsicht tun.

Nun wende ich mich zu einigen ganz in die innere Verwaltung einschlagende Angelegenheiten, und zwar zu der Vorführung der beiden Fabrikarbeiter in Säckingen. Diese Sache ist jedenfalls mit einem übermäßigen Aufwand von sittlicher Entrüstung behandelt worden; hat sie als ein erneutes Beispiel der Mißhandlungen bezeichnen wollen, dem unser Volk durch die Gendarmerie unterworfen ist, und deshalb, weil die Sache wirklich gegenüber dem großen Aufwand von sittlicher Entrüstung eine ziemlich harmlose ist, deshalb habe ich mir gestattet, auch die etwas humoristische Seite der Sache hervorzuheben. Es tut mir aber sehr leid, daß ich die Herren vom Zentrum dazu verführt haben soll, eine Heiterkeit bei einem Anlaß an den Tag zu legen, der, wie ich nachträglich gestehen muß, eine besondere Heiterkeit hervorzurufen nicht geeignet war. Die Sache lag so: Die beiden Fabrikarbeiter verteilten, wirklich gegen das Gesetz zuwiderhandelnd, Flugblätter, ohne ein Probeexemplar vorher beim Bürgermeister hinterlegt zu haben; sie waren also 'einer Uebertretung des Gesetzes schuldig. Ein Gendarm ertappte sie, meldete die Sache nach Säckingen an das Bezirksamt, und das Bezirksamt ordnete nunmehr, da es nicht wußte, ob es sich vielleicht hier um Personen handelte, die überhaupt im Bezirk nicht eingesessen waren, die sich da nur vorübergehend aufhielten und dann einer Ladung sich durch Flucht in die Schweiz sofort entziehen würden, die Vorführung an, welche dann nach der Dienstordnung der Gendarmerie zu Fuß erfolgte. Das Ministerium des Innern ließ sich, als die Klage kam, sofort die Akten kommen und gelangte zu der Ueberzeugung, daß dieses Vorgehen des Bezirksamtes nicht am Platze war. Das Bezirksamt erhielt demgemäß einen Bescheid des Inhalts: es sei „nicht als gerechtfertigt anzusehen, daß eine derartige Vorführung an das Bezirksamt in diesem Falle angeordnet wurde, und daß die Vorführung unter Benutzung der Landstraße nach Säckingen geschah". In diesem Sinne wurde dem Bezirksamt Säckingen zu erkennen gegeben, daß man sein Vorgehen in dieser Sache nicht habe billigen können. Ich glaube, daß damit diese Angelegenheit erledigt ist, und ich hoffe, daß die Verhandlungen in diesem Hause zur Folge haben werden, daß die Bezirksämter und die Gendarmerie in derartigen Fällen künftig vorsichtiger verfahren werden.

Nun ist dann von dem Herrn Abg. Zehnter wiederum ein Angriff ähnlicher Art gegen mich erfolgt, wie er bereits auch von dem Herrn Abg. Fehrenbach ausgegangen war. Herr Abg. Zehnter hat mich geschildert als einen Minister, der das Steuerruder der Regierung um einen Ruck gewendet hat, der darauf ausgehe, eine nationalliberale Parteiregierung in Baden einzuführen, und der die Mittel der Verwaltung Parteizwecken zur Verfügung stelle. Er hat aber dafür verhältnismäßig sehr wenig tatsächliche Begründungen vorgebracht. Ich glaube, es liegt bei den Ausführungen des Herrn Abg. Zehnter eine Verwechslung vor, wenn er sagt: die Regierung war früher parteilos, aber unter dem Einfluß des jetzigen Ministers des Innern wird sie wieder zu einer Parteiregierung. Er verwechselt die Verwaltung mit der Regierung. Die Verwaltung des Staates ist zu führen ohne jede Rücksicht auf Parteizugehörigkeit, auf Parteitätigkeit, und niemals sollen Mittel der staatlichen Verwaltung weder vom Minister des Innern, noch von einem anderen Minister, noch von den untergeordneten Behörden zur Förderung irgend welcher Parteizwecke verwendet werden. Aber die Regierung hat nicht bloß zu verwalten, sie hat auch die Politik des Staates zu leiten und hierbei politische Ziele ins Auge zu fassen und im Auge zu behalten. Die Badische Regierung hat weit über die Parteien hinausreichende politische Ziele, die zurückgehen auf die politische Entwicklung von vielen Jahrzehnten und die hinausschauen auf dauernde politische Entwicklungen der Zukunft, die hoffentlich auch in gleichem Sinne für manches Jahrzehnt vor sich gehen werden. Diese Ziele der Regierung sind besonnener Fortschritt auf allen Gebieten des wirtschaftlichen, sozialen, geistigen und sittlichen Lebens, und zwar unter Vermeidung des konfessionellen Kampfes, unter Vermeidung aller derjenigen Maßregeln, welche etwa die Bevölkerung veranlassen könnten, sich in zwei Völker — das eine das katholische, und das andere das akatholische — in den wirtschaftlichen, sozialen, geistigen, sittlichen Beziehungen gegeneinander zu gruppieren und sich konfessionell zu bekämpfen. Eine solche konfessionelle Färbung bleibt den politischen Zielen der badischen Regierung fern, und zwar nicht bloß jetzt, sie blieb ihr seither fern und wird ihr hoffentlich auch in der Zukunft fernbleiben. Und zum ferneren ist ein politisches Ziel der Großh. Regierung Abwehr gegen alle diejenigen Bestrebungen, die mittelbar oder unmittelbar darauf gerichtet sind, den Staat und die gesellschaftliche Ordnung umzustürzen. Die Regierung ist in doppelter Weise bemüht, dieses letztere Ziel ihrer Politik auf dem sozialen Gebiete zu erreichen: einmal durch Förderung in sozialer Hinsicht, und zwar durch Förderung nicht bloß der unteren Klassen, nicht bloß der Industriearbeiter — deren Sie (zu den Sozialdemokraten gewendet) sich fast allein annehmen — sondern auch der mittleren Klassen; denn auch die mittleren Schichten sind einer Förderung und eines Schutzes durch den Staat und seine Gesetzgebung und seine Verwaltung durchaus bedürftig. Anderseits erfüllt die Regierung ihre Aufgabe auf diesem Gebiet dadurch, daß sie die auf den Umsturz der Gesellschaft gerichteten Bestrebungen durch geeignete Maßregeln abwehrt.

Wenn man von diesem Gesichtspunkt aus in Betracht zieht, daß die Regierung nicht bloß zu verwalten, sondern daß sie auch nach weiten politischen Zielen hinaus zu regieren hat, kann es ja der Regierung gar nicht gleichgültig sein, wie der Landtag, der für die Richtung der Landespolitik große Bedeutung hat, zusammengesetzt ist. Die Regierung wird zwar niemals die Mittel ihrer Verwaltung anwenden, damit der eine oder der andere als Abgeordneter zum Landtag gewählt werde; aber sie hat das Recht, sich in aller Oeffentlichkeit darüber zu äußern, welches die politischen Ziele der Regierung sind, und auch geeignetenfalls kundzutun, ob der eine oder andere der in Aussicht genommenen Kandidaten nach seinen Zielen mit den Zielen der Regierung mehr oder weniger harmoniert. Zusammenfallen können ja, wie sich die Parteiverhältnisse im Augenblick bei uns gestaltet haben, die Ziele der einen oder andern Parten nicht mit den auf dauernde Zwecke gerichteten politischen Zielen der Regierung; und schon deshalb ist es vollständig ausgeschlossen, daß die Regierung sich zu einer Parteiregierung entwickeln kann. Wenn man aber wird anerkennen müssen, daß dasjenige, was eine Partei als ihr politisches Ziel anstrebt, sich in dem einen oder andern Punkt mehr oder weniger mit demjenigen deckt, was sich als dauerndes politisches Ziel der Regierung darstellt, so kann von diesem Gesichtspunkt aus die Regierung gar nichts dagegen haben, daß einzelne Amtsvorstände — aber nicht mit Anwendung ihrer Amtsgewalt, sondern als freie aufrechte Menschen und Bürger — auch einmal in geeigneten Fällen sich öffent-

lich für die Wahl dieses oder gegen die Wahl jenes Kandidaten aussprechen, je nachdem sie die Ansicht haben, daß durch den einen oder den andern im Landtag die Ziele der Regierung besser gefördert werden. So haben die paar Amtsvorstände gehandelt, deren Tätigkeit so schwer angefochten worden ist. Ich will nicht weiter auf diese Tätigkeit eingehen, namentlich nicht auf die Tätigkeit des Amtsvorstandes in Meßkirch, der trotz meiner Klarstellung nochmals von dem Herrn Abg. Zehnter schwer angegriffen wurde; schon deshalb will ich nicht nochmals hierauf zurückkommen, weil ich mich sonst zu sehr in den Gebrauch der englischen Sprache vertiefen müßte. Denn nachdem der Herr Abg. Zehnter neulich den Oberamtmann in Meßkirch als nicht gentlemantike bezeichnet hat, hat er nunmehr sein Verhalten noch als unfair erklärt. Ich kann weder das eine noch das andere als richtig anerkennen und bezeichne den Herrn Oberamtmann in Meßkirch sowohl als fair wie als Gentleman (Lebhafte Zustimmung).

Nun ist endlich das Verhalten der Regierung gegenüber der Sozialdemokratie wiederum zum Gegenstand eines herben Angriffes seitens einiger der Herren Vertreter dieser Partei gemacht worden. Es wurde wiederum gesagt, die Regierung verfahre in ihren Maßregeln vielfach, oder wenigstens da u. dort so, daß man den Eindruck erhalte, die Angehörigen der Sozialdemokratie würden als Bürger zweiter Klasse behandelt, es werde unbillig und ungerecht und nicht so gegen sie verfahren, wie die Angehörigen des badischen und des deutschen Volkes ohne Unterschied der Parteizugehörigkeit in unserem Lande behandelt zu werden allen Anspruch haben. Ich muß diese Behauptung als durchaus unbegründet zurückweisen. Es ist ja richtig, daß in gewissen Fällen seitens der Organe der Regierung gegen sozialdemokratische Parteiveranstaltungen anders verfahren wird als gegen die Parteiveranstaltungen der nationalliberalen Partei, des Zentrums, der Linken. Das hängt eben damit zusammen, daß diese Parteiveranstaltungen der Sozialdemokratie auch einen eigentümlichen Charakter haben, der eine eigenartige Behandlung herbeiführt. (Ruf von sozialdemokratischer Seite: So?) Es ist gar nicht zu verkennen — man muß nur Ihre Presse lesen und man muß nur lauschen, was in Ihren Versammlungen von einzelnen Rednern gesagt wird —, daß in den Versammlungen und in der Presse der Sozialdemokratie, wenn auch vielleicht meist in mehr mittelbarer Weise, den betreffenden Bevölkerungsklassen eingeprägt wird: Unter gewissen Voraussetzungen, wenn die Regierung die Erfüllung dieses oder jenes Wunsches der Partei unterläßt, oder wenn die Regierung das oder jenes tut, dann wird das Volk gewaltsam sich „seine Rechte", wie man es zu sagen pflegt, „erkämpfen". Das geht ja sogar hervor aus demjenigen, was der Herr Abg. Kolb am 9. Februar hier gesagt hat. Er hat sich im wesentlichen folgendermaßen geäußert: „Wenn es einmal in Preußen zu gewaltsamen Erhebungen kommt, so ist die Regierung schuld (Lebhafte Bewegung bei den Sozialdemokraten, Zurufe), die das Volk verhöhnt und ihm das Wahlrecht nicht gibt, die das Volk entrechtet; dann ist nicht die Sozialdemokratie daran schuld an den gewaltsamen Erhebungen, sondern die Regierung." Ferner hat bei der gleichen Gelegenheit derselbe Herr Abgeordnete gesagt: „Die Sozialdemokratie ruht auf dem Boden des Gesetzes, sie will friedlich die von ihr erstrebten sozialdemokratische Ordnung durch allmähliche Entwicklung herbeizuführen; aber wenn man sich dagegen stemmt, dann wird eben auf anderem Wege, auf gewaltsamem Wege, diese Entwicklung herbeigeführt werden." (Zuruf des Abg. Süßkind; Unruhe; Glocke des Präsidenten.) Mit diesem „Wenn" und mit dieser Art der Darstellung ist meiner Ansicht nach und nach Ansicht aller objektiv denkenden Menschen nichts anderes gesagt, als: „Liebe Bevölkerung, versuche es zunächst einmal noch einige Jahre damit, auf friedlichem Wege der Gesetzgebung dir das allgemeine Wahlrecht — das man bei uns aber schon lange hat — zu erkämpfen; wenn es dir dann nicht gelingt, dann gehe hinaus und baue Barrikaden und nimm Flinte und Säbel in die Hand!" Das ist es, wozu aufgefordert wird. (Zuruf des Abg. Süßkind; Abg. Geck: Das hat die Bourgeoisie so gemacht, als sie zur Herrschaft gekommen ist! Glocke des Präsidenten.) Wenn Sie jetzt fertig sind, Herr Abg. Geck, werde ich mir erlauben, weiter zu sprechen (Heiterkeit).

Nun hat ferner der Herr Abg. Lehmann anzudeuten versucht, wir hätten vor, im Falle eines Kriegausbruches eine Anzahl von Sozialdemokraten einzusperren (Abg. Süßkind: Sehr richtig!), und er hat an die badische Regierung die Frage gerichtet, was sie für den Fall eines Kriegsausbruches in dieser Beziehung tun werde. Ich kann dem Herrn Abg. Lehmann in dieser Beziehung nur bemerken, daß ich diese Frage, wenn überhaupt der Ausdruck parlamentarisch gestattet sein sollte, als eine naive bezeichnen würde. Da aber vielleicht die Eigenschaft der Naivität als eine Eigenschaft betrachtet wird, die einen Abgeordneten nicht ziert, so enthalte ich mich dieser Bezeichnung (Heiterkeit). Ich enthalte mich aber auch jeglicher Beantwortung der Frage des Herrn Abg. Lehmann (Zuruf von den Bänken der Sozialdemokraten: Das läßt einen schlimmen Schluß zu!).

Von dem Herrn Abg. Zehnter wurde, um zu beweisen, daß die Großh. Regierung im Stillen eine Förderin der Sozialdemokratie sei, wiederum auf einiges hingewiesen, woraus sich der Verdacht ergäbe, der Minister des Innern stehe den Bestrebungen der Sozialdemokratie und auch dem Wahlbündnis nicht so fern. Der Herr Abg. Zehnter sollte denn doch nicht mit Dingen, wie mit dem Verdacht, operieren; er sollte, wenn er mir etwas derartiges nachweisen kann, mit den Beweismitteln nicht zurückhalten. Nun hat er ja eine Sache vorgebracht, nämlich meine Rede, die ich vor zwei Jahren, auch im Februar, in diesem Hause über die sozialdemokratische Bewegung gehalten habe. Ich habe damals einerseits die großen Gefahren der Sozialdemokratie gekennzeichnet, habe aber auch bemerkt, ich möchte die Sozialdemokraten in diesem Hause nicht missen. Das wird mir jetzt vorgeworfen. Ich bekenne mich auch jetzt noch zu diesem Ausspruch. Gerade in den letzten Tagen ist es mir vielfach draußen in den Zentrumsblättern vorgeworfen worden, nicht so sehr im großen offiziellen Blatt, sondern in den kleineren Blättern, die auch mit kleineren, manchmal auch boshafteren Mitteln arbeiten; dort heißt es aber manchmal nicht, ich hätte erklärt, ich möchte die Sozialdemokratie „in diesem Hause" nicht wissen, sondern es heißt: Der Minister des Innern hat erklärt, er könne die Sozialdemokratie nicht missen. Nun, ich kann sie missen, darüber habe ich niemals einen Zweifel gelassen. Namentlich bin ich, beiläufig gesagt, auch keineswegs der Ansicht, die man etwa als eine zu billigende aus den widerspruchslos gelassenen Ausführungen der Herren Abgg. Kolb oder Lehmann entnehmen könnte, als ob es der Regierung gleichgültig wäre, wenn die Anschauungen der Sozialdemokratie auch in die Kreise ihrer Beamten hineingetragen werden. Auch ist es durchaus unrichtig, wenn der Herr Abg. Kolb es so unter der Hand und zwischen den Zeilen hat andeuten wollen, als ob unter unseren Schutzleuten und unter anderen Unterbeamten eine ganze Anzahl sei, welche der sozialdemokratischen Partei angehören. (Zuruf von den

Bänken der Sozialdemokraten: Eine größere Anzahl!) Ich kann u. will mich natürlich nicht darum kümmern, — das wird eine vernünftige, eine von freiheitlichen Gedanken beseelte Regierung nicht tun —, wie die Beamten wählen; wir suchen und schnüffeln der Gesinnung der Beamten nicht nach. Aber das kann ich erklären: wenn ein Beamter durch sein äußeres Verhalten darauf ausgeht, die Ziele der Sozialdemokratie zu fördern und zu unterstützen, verfehlt er sich gegen seine eidlich übernommene Pflicht. Das wird die Regierung nicht dulden, solange die Sozialdemokratie derartige, gegen den Staat, die staatliche Ordnung und die Monarchie gerichtete Ziele verfolgt, wie das zurzeit der Fall ist.

Nun komme ich aber wieder auf den Ausdruck zurück, ich könne die Sozialdemokratie in diesem Hause nicht missen. Ich glaube, dieser Ausdruck wird jetzt noch viel mehr als damals, wo ich ihn getan habe, allgemein als richtig anerkannt. Wenn nämlich einmal eine Partei vorhanden ist mit einer so großen Anzahl von Anhängern — mögen wir die Partei auch aufs Schärfste bekämpfen —, wie die Sozialdemokratie sie zurzeit in Baden hat, wenn es dieser Partei gelingt, von den 14 Mandaten zum Reichstag mehrfach hintereinander drei zu bekommen, dann ist es, meiner Ansicht nach eine Sache der Billigkeit und der Gerechtigkeit, daß unser Wahlrecht so eingerichtet wird, daß diese große Gruppe der Bevölkerung auch die Gelegenheit erhält, Abgeordnete ihrer Richtung in den badischen Landtag zu senden. (Zustimmung links; Abg. Binz: Sehr richtig!) Und deshalb, weil ich den Ausschluß einer immerhin so beträchtlichen Bevölkerungsgruppe von der Vertretung im Landtag nicht für billig erachten kann, habe ich gesagt: Ich kann sie hier nicht missen.

Aber auch sonst ist es wünschenswert, wenn die Herren von der Sozialdemokratie genötigt sind, ihre Anschauungen und ihre Anträge, statt sie bloß in den Zeitungen und Volksversammlungen darzulegen, auch hier einzubringen, zu vertreten und auf ihre Durchführbarkeit zu prüfen, und wenn sie dabei vielleicht auch veranlaßt werden, in gemeinsamer Arbeit mit den Herren von den staatserhaltenden Parteien zusammenzuwirken zum Wohle des Vaterlandes. (Zustimmung im Block; Abg. Binz: Sehr gut!) Ich glaube, die Herren von der Sozialdemokratie werden dadurch, daß ihre Vertreter im Landtage sind, mancherlei lernen können, was dem allgemeinen und auch ihrem eigenen Interesse dient. Namentlich können sie hier sehen, daß ein wesentlicher Unterschied besteht, ob man gegen seinen politischen Gegner Angriffe schärfster Art richtet oder ob man in pöbelhafter Rohheit den Gegner mit Schmähungen bewirft. Letzteres tun Sie hier ja nicht und es wird überhaupt in diesem Hause nicht geübt. Aber wenn Sie nach solchen Erfahrungen dann hinauskommen zu Ihren Parteigenossen, die Artikel in die Zeitungen schreiben, werden Sie den Verfassern jenen Unterschied klarlegen können, und dann wird es nicht mehr vorkommen, daß derartige Roheiten, wie sie anläßlich meiner neulichen Rede in Ihren Blättern erschienen sind, veröffentlicht werden!

Die Debatte wird hierauf abgebrochen.

Schluß der Sitzung 12 Uhr 50 Minuten.

*** Karlsruhe, 12. Febr. 25. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer. Tagesordnung auf Montag den 12. Februar 1906, nachmittags 1/2 5 Uhr:**

Anzeige neuer Eingaben. Sodann

1. Beratung über die geschäftliche Behandlung des Gesetzesvorschlags der Abgg. Bechtold und Genossen, die Aufhebung des Art. 3 ds badischen Einführungsgesetzes zum Reichspreßgesetz betreffend — Drucksache Nr. 47 —.

2. Allgemeine Diskussion über das Finanzgesetz, und damit im Verbindung:

3. Beantwortung der Interpellation der Abgg. Bechtold und Genossen, die neuen Reichssteuervorlagen betreffend — Drucksache Nr. 24 — (Fortsetzung).

Verantwortlich für den Bericht über die Verhandlungen der Zweiten Kammer: Dr. Otto Walli.
Druck und Verlag der G. Braunschen Hofbuchdruckerei. Beide in Karlsruhe.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg